

## 2. Theorie

Technologische Innovationen stellen für die Politik exogene Herausforderungen dar, sie können zugleich aber im Sinne politischer Ziele endogenisiert werden. Ein politisches System muss eine hohe Elastizität und politisches Anpassungsvermögen demonstrieren, um Innovations- und Modernisierungsprozesse bewältigen zu können (Schmidt 2010b: 209, 519). Während in politikwissenschaftlichen Modernisierungstheorien der sozioökonomische und technische Fortschritt als wichtige Wegmarke in der Entwicklungssequenz zur Demokratie betrachtet wurde (Lipset 1959; vgl. Diamond 1992; Lerner 1958; Rostow 1960), verdeutlichen die Beispiele persistenter Autokratien wie China und Singapur, dass die digitale Modernisierung der ökonomischen Entwicklung zuträglich ist, aber nicht automatisch zu einer demokratischen Transformation führt.

Vor diesem Hintergrund präsentiert Kapitel 2 den theoretischen Rahmen der Untersuchung. Zunächst wird im folgenden Abschnitt der Forschungsstand mit den wichtigsten akademischen Strömungen zum Themenkomplex Politik und Internet diskutiert. Der zyklische Verlauf der wissenschaftlichen Debatte muss im Lichte des fortschreitenden technologischen Wandels durch die Entwicklung innovativer IKT und neuer Anwendungsformen interpretiert werden. Kapitel 2.2 präsentiert die mehrdimensionale Konzeptualisierung der Arbeit und ein Kausalmodell, das den Zusammenhang zwischen Regimetyp, Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation abbildet. In Kapitel 2.3 wird, basierend auf relevanten Ansätzen der Autokratieforschung, der theoretische Unterbau diskutiert. Schließlich generiert Kapitel 2.4 empirisch zu überprüfende Hypothesen zum Zusammenhang zwischen Politik und Internet.

### 2.1. Forschungsstand

Seit Sir Tim Berners-Lee 1989 das World Wide Web erfand, entwickelte sich das zunächst militärisch und akademisch genutzte Elitenprojekt Internet zu einer

weltumspannenden Infrastruktur, die zunehmend alle Lebensbereiche verändert hat. Das Web stimuliert die ökonomische Entwicklung, indem es neue Geschäftsmöglichkeiten erschließt und die Transaktionskosten einer Vielzahl an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austauschprozessen verringert. Ebenso bringt das Internet Implikationen in Bezug auf die Funktionslogik politischer Systeme mit sich.

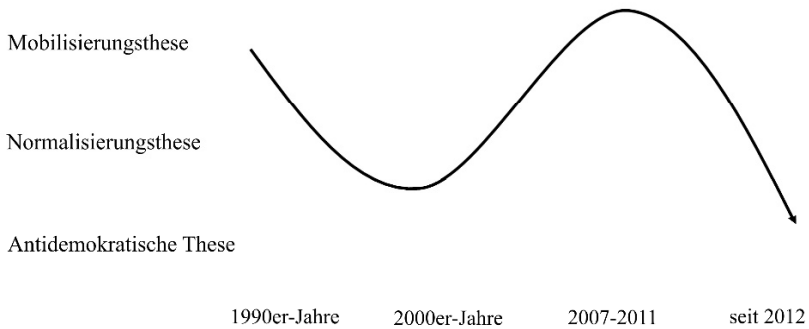
Bereits früh wurden demokratietheoretische Erwartungen in das neue Medium gesetzt (Rheingold 1993; vgl. die Diskussion in Kneuer 2013b; Stier 2012: 14ff.), das sich von vorherigen Kommunikationstechnologien durch seine innovativen Charakteristika abhebt. Im Gegensatz zur massenmedialen One-to-Many-Sendestruktur von Print- und Rundfunkmedien bietet das Internet Formate der Many-to-Many-Kommunikation, die sich durch Responsivität, Interaktivität, Echtzeitkommunikation und Multidirektionalität mit einer potentiell großen Zahl an Teilnehmern auszeichnen (Diamond 2010: 70f.; Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 31, 33; Stier 2012: 17ff., 39ff.). Die Informationsflüsse verlaufen horizontaler als bei analogen Medien, wodurch traditionelle Kommunikationshierarchien geschwächt werden.

Die politischen Implikationen des Internets wurden überwiegend auf Basis kommunikationswissenschaftlicher Theorien untersucht. Diese stellen die Interaktion des Individuums mit kommunikationstechnologischen Innovationen in das Zentrum ihrer Analysen. Die Kommunikationswissenschaft neigt allerdings dazu, die Wirkung politischer Institutionen zu unterschätzen. Die Politikwissenschaft dagegen betont die Wirkung von Institutionenarrangements und Machtinteressen innerhalb komplexer politischer Systeme (Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 31). Anhand dieses disziplinären Dualismus lässt sich auch die Forschungsdebatte nachzeichnen, die sich vor allem entlang der Mobilisierungsthese und der Normalisierungsthese orientiert (kritisch: Wright 2012). Determiniert die Technologie politischen Wandel? Oder werden der Einsatz des Webs und dessen Folgewirkungen vor allem durch bestehende politische Institutionen, Organisationen und Akteure moderiert?

Die teils technikdeterministisch argumentierenden Anhänger der Mobilisierungsthese betonen das Potential des Internets zur politischen Vernetzung und Mobilisierung der Bevölkerung. Das Web werde die bestehende politische Ordnung entweder einschneidend reformieren oder ablösen. Der interaktive, Machtstrukturen egalisierende, ja sogar demokratisierende Charakter des Mediums müsse unweigerlich zu revolutionären Veränderungen führen. Dagegen prognostizieren Anhänger der Normalisierungsthese, dass überwiegend die traditionellen, institutionell und finanziell starken Akteure die politische Online-Landschaft dominieren werden. Sie argumentieren insofern sozialdeterministisch, als die Wirkung von technischen Innovationen im Lichte pfadabhängiger, persistenter gesellschaftlicher Strukturen betrachtet wird. Laut Normalisierungsthese bilden die Machtverhältnisse im Netz vor allem die Offline-Welt ab, ja verstärken diese geradezu. Eine dritte Strömung wird im Folgenden unter dem Titel „antidemokratische Hypothese“ subsumiert, die aus demokratietheoretischer Sicht sogar negative Folgewirkungen des Internets sieht. Aus dieser Richtung kommen Warnungen hinsichtlich einer Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit und negativer bürgerrechtlicher Implikationen durch die Exponierung der persönlichen Kommunikation und personenbezogener Daten online.

Abbildung 2.1 skizziert die zyklischen Entwicklungen der wissenschaftlich, aber auch im medialen und öffentlichen Raum geführten Debatte zum Thema Politik und Internet. Die folgende chronologisch strukturierte Diskussion verdeutlicht, dass diese nur im Lichte der jeweiligen empirischen Begebenheiten zu verstehen sind.

In den 1990er-Jahren bezogen sich erste Prognosen zum politischen Potential des Webs häufig auf Barbers „Strong Democracy“ (Barber 1984), die durch elektronische Kommunikation verwirklicht und dadurch die repräsentative Demokratie reformiert werden solle. US-Vizepräsident Al Gore rief 1994 ein neues „athenisches Zeitalter der Demokratie“ und der Bürgerbeteiligung aus (Gore 1994). Der Many-to-Many-Kommunikation im Web wurde das Potential zugesprochen, eine rationale politische Öffentlichkeit zu konstituieren und somit eine Deliberation von Politikentscheidungen im Habermas'schen Sinne zu ermögli-

**Abbildung 2.1:** Zyklen in der Debatte „Politik und Internet“

Anmerkungen: Eigene Darstellung. X-Achse ist uneinheitlich skaliert.

chen (z.B. von Rheingold 1993). Ähnlich argumentiert Castells bezüglich der politischen Folgewirkungen seines Konzepts der „Netzwerkgesellschaft“ (Castells 1996). Die „individualisierte Massenkommunikation“ im digitalen Zeitalter bewirke einen „historical shift of the public sphere from the institutional realm to the new communication space“ (Castells 2007: 238). Revolutionär könne die Rolle des Webs als funktionelles Äquivalent speziell dort sein, wo es keine gesicherten Bürgerrechte und keine freie Presse gibt (Bimber 2003; vgl. Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 34).

Die euphorische Erwartungshaltung der Mobilisierungsthese wurde allerdings rasch anhand der Erfahrungswerte aus der politischen Realität marginalisiert. In den 2000er-Jahren zeigten empirische Studien aus der hochentwickelten westlichen Welt, dass online vor allem die politischen und sozialen Strukturen der Offline-Realität repliziert werden, weshalb auch Varianten einer „Verstärkungsthese“ diskutiert wurden. Dies liegt zum einen an der digitalen Spaltung in Bezug auf den Internetzugang, die sich entlang sozioökonomischer, demographischer, bildungsbezogener und geographischer Trennlinien manifestiert (Mossberger/Tolbert/Stansbury 2003; Norris 2001). Zum anderen zeigten sich auf der Ebene des Individuums große Diskrepanzen bezüglich der Mediennutzungskom-

petenz (Hargittai/Hinnant 2008; Mossberger/Tolbert/Stansbury 2003). Erste empirische Befunde dämpften dementsprechend überzogene Erwartungen an eine Egalisierung politischer Kommunikation, indem sie Defizite auf der Nachfrageseite politischer Internetnutzung nachwiesen (Norris 2001; Scheufele/Nisbet 2002).

Eine demokratische Revitalisierung oder gar eine politische Revolution sind auch deshalb ausgeblieben, weil sich die Logiken der politischen Angebotsseite, die dominiert wird von etablierten medialen und politischen Akteuren, auch im Internet beständig zeigten. Der in der Internetökonomie identifizierte positive Effekt des „Long Tail“ des Internets (Anderson 2006)<sup>7</sup> war in der politischen Sphäre nicht zu erkennen (Hindman 2009: 99ff.). Während große Medienkonzerne von Skaleneffekten bei der Distribution ihrer professionell produzierten Inhalte profitierten (vgl. Gentzkow/Shapiro 2011), konnten Nischenangebote aufgrund ihrer Ressourcenschwäche nicht den inhaltlichen Mehrwert erzielen, um sich im Long Tail zu profilieren: „It may be easy to speak in cyberspace, but it remains difficult to be heard“ (Hindman 2009: 142). In dieser Phase überwog die Ansicht, dass anstelle einer technologisch induzierten Revolution „politics as usual“ (Margolis/Resnick 2000) im Netz zu beobachten sei, dominiert durch die altbekannten organisations- und reichweitenstarken Akteure.

Einen Schritt weiter gingen Vertreter der antidemokratischen These, die nicht nur in dessen politischer Anwendung, sondern auch in der inhärenten Funktionslogik des Mediums eine Gefährdung des demokratischen Gemeinwessens sehen. Laut Putnam (1995) befriedigen digitale Technologien individuelle Konsumbedürfnisse, verdrängen dadurch aber klassische – zivilgesellschaftlich wertvollere – Partizipationsaktivitäten. Putnam stellt die neuen digitalen Technologien explizit in eine Reihe mit dem Fernsehen, dessen Emergenz er als eine der

7

Der „lange Schwanz des Internets“ beschreibt die ungleiche Verteilung der Seitenzugriffe im Internet, interpretiert diese aber positiv als Marktchance. Eine kleine Zahl an Mainstreamangeboten hat viele Seitenaufrufe, kann aber nur eine beschränkte Angebotspalette bedienen. Ein mindestens ebenso großer Teil des Online-Geschäftes laufe über kleinere Nischenangebote, die spezifische Wünsche bedienen können (Anderson 2006).

wichtigsten Ursachen für den Rückgang an Sozialkapital identifiziert.<sup>8</sup> Tatsächlich war eine politische Deliberationskultur im Netz nicht zu erkennen. Vielmehr wurden empirisch politisch-ideologisch uniforme „Echo Chambers“ identifiziert, da sich Gemeinschaften rund um gemeinsame Ansichten und Einstellungen formierten (Sunstein 2001). Auch Habermas selbst, auf dessen Konzept des rationalen öffentlichen Diskurses von Technikoptimisten häufig rekurriert wurde, sieht das Internet kritisch, da es die in seiner Demokratietheorie essentielle politische Öffentlichkeit unterminiere und eine Separierung des Publikums in fragmentierte Teilöffentlichkeiten mit sich bringe (Habermas 2008: 161f.). Positive Effekte erhofft er sich in nicht-demokratischen Kontexten, denn die Online-Kommunikation „unterminiert die Zensur autoritärer Regime, die versuchen, spontane öffentliche Meinungen zu kontrollieren und zu unterdrücken“ (Habermas 2008: 161).

Auch erste Bestandsaufnahmen zur Internetadoption in Autokratien deuteten auf eine Zementierung bestehender politischer Machtverhältnisse durch das Internet hin. Eine realistische Sichtweise auf das Demokratisierungspotential des Internets in nicht-demokratischen Regimen präsentierten Kalathil/Boas (2003) in ihrer komparativen Studie von acht Autokratien. Bereits diese netzpolitischen Vorreiter im autokratischen Spektrum wussten das Web früh für ihre ökonomischen Zwecke zu nutzen, während der zivilgesellschaftliche Aktivismus limitiert blieb (vgl. auch Hachigian 2002). Kluver (2005) zeigte in diesem Sinne, dass die Internettechnologie und insbesondere E-Government die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas festigte.

Eine Kehrtwende hin zu einer Renaissance des wissenschaftlichen Netzoptimismus erfolgte schließlich Mitte der 2000er-Jahre. Gibson/Lusoli/Ward (2005) demonstrierten anhand von Umfragedaten, dass die Internetnutzung auch

---

<sup>8</sup> In Putnam (2000) zeigt er sich deutlich optimistischer hinsichtlich des Potentials computervermittelter Kommunikation zur Bildung von Sozialkapital. Putnam appelliert an die Internetdesigner, Anwendungen „social capital-friendly“ (Putnam 2000: 410f.) zu gestalten, so dass diese Partizipationsmöglichkeiten eröffnen und nicht nur zu passivem Konsum verleiten.

politisch Desinteressierte zu politischen Aktivitäten hinführen kann. Norris/Curtice (2008) beurteilten parteipolitische Aktivitäten zwar kritisch bezüglich ihres interaktiven Charakters, betonten aber die mobilisierenden Effekte, die aus „Two-Step-Flow“-Kommunikationsprozessen (vgl. Katz/Lazarsfeld 1955) entstehen, indem über politisch interessierte Internetaktivisten als meinungsstarke Multiplikatoren Inhalte an breitere Bevölkerungsschichten diffundieren. Doch das erneute Aufleben der Mobilisierungsthese hing vor allem mit der technologischen Entwicklung des Internets hin zu einer Vielzahl an partizipationsfreundlichen, responsiven und kollaborativen Anwendungsformen zusammen, die von O'Reilly unter dem wegweisenden Begriff des „Web 2.0“ popularisiert wurde (O'Reilly 2005). Diese Infrastruktur ermöglicht es dem Nutzer, eigene Inhalte zu produzieren und diese kostengünstig und interaktiv zu verbreiten.

Autoren wie Benkler (2006) und Shirky (2008, 2011) betonen die Senkung der Opportunitätskosten und Zugangsschranken für die politische Partizipation und Diskussion politischer Themen. Das Agenda-Setting werde pluralisiert, da sich alternative politische Meinungen viral im Netz verbreiten und eine größere Zahl an Akteuren an Einfluss in der politischen Interessenvermittlung gewinne. Laut Rheingold können sich Gleichgesinnte im Internet zu „Smart Mobs“ zusammenschließen und somit Probleme kollektiven Handelns lösen (Rheingold 2002). Revolutionäre politische Erwartungen wurden vor allem an Social Media-Applikationen wie Facebook oder Twitter geknüpft. Kneuer resümiert mit Blick auf die politischen Implikationen der technologischen Entwicklungen:

„Zweifelsohne stellen digitale Medien, vor allem soziale Netzwerke, ein Instrument dar, dessen Wirkkraft alle bisherigen medialen Informations-, Mobilisierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten überschreitet.“ (Kneuer 2013a: 25)

Auch parteipolitische Akteure schöpften die neuen Anwendungsmöglichkeiten zunehmend aus. In dieser Hinsicht setzte die Obama-Kampagne im US-Präsidentenwahlkampf 2008 neue Maßstäbe. Sie zeichnete sich durch eine noch nie da gewesene Partizipationsoffenheit und Selbständigkeit der freiwilli-

gen Kampagnenaktivisten aus, die sich online über das eigens geschaffene soziale Netzwerk MyBarackObama.com zusammenschließen und organisieren konnten. Auch das enorme Spendenaufkommen, das online über innovative Anwendungen generiert wurde, trug dazu bei, dass sich Obama als Anführer einer online-gestützten Bottom-Up-Graswurzelbewegung inszenieren konnte. Die neuen Formate diffundierten rasch innerhalb der westlichen Welt, wo auch innovative Online-Formate mittlerweile zum Standard in parteipolitischen Online-Wahlkämpfen gehören.<sup>9</sup>

Das Narrativ vom demokratisierenden Potential des Webs hatte Hochkonjunktur während des Arabischen Frühlings. Die (wissenschaftlich umstrittene) Rolle der Online-Kommunikation in den Protesten rund um die Präsidentschaftswahl in Iran 2009 (Diamond 2010: 80; Esfandiari 2010) und in den politischen Umwälzungen in der arabischen Welt ab 2010 (Breuer/Landman/Farquhar 2015; Demmelhuber 2013; Farrell 2012; Howard/Parks 2012: 359; Lynch 2011) hatte zur Folge, dass im öffentlichen Diskurs der westlichen Welt wahlweise von Facebook- oder Twitter-Revolutionen die Rede war (vgl. Christensen 2011 und das zugehörige Special Issue). Auch Antiregierungsproteste in Brasilien (The Economist 2013b), der Türkei (Barberá/Metzger 2013; The Economist 2013b; Tufekci/Wilson 2012) und der Ukraine (Tucker/Metzger/Barberá 2014) wurden mit der Mobilisierungskraft des Internets in Zusammenhang gebracht. Aus dieser Zeit stammt auch die These Diamonds, dass das Internet eine „Befreiungstechnologie“ darstelle (Diamond 2010), die eine Ausweitung individueller politischer Freiheiten mit sich bringe.

Mitten während der Phase der Euphorie erschien „The Net Delusion“ von Morozov (2011), einem der reichweitenstärksten Internetskeptiker. Das Buch unterzieht die Erwartungen der westlichen Welt an das demokratisierende Potential des Webs einem kritischen Test und stellt diese in eine Reihe mit technike-

---

<sup>9</sup> Jedoch offenbarte eine komparative Studie des E-Campaigning in Deutschland, Frankreich, im Vereinigten Königreich und den USA eine geringe Offenheit der Online-Formate für die Involvierung der Nutzer, mit Ausnahme der besagten interaktiv geprägten Obama-Kampagne (Lilleker/Jackson 2011a).



terministischen Fehlinterpretationen politischer Ereignisse, vom Fall des Eisernen Vorhangs bis zur gescheiterten „Grünen Revolution“ in Iran 2009.<sup>10</sup> Morozov hält diesen „cyber-utopischen“ Ansichtsweisen konträre empirische Evidenz zur Rolle von IKT in Revolutionen und Protesten entgegen und betont die Vereinnahmung des Internets durch autoritäre Machthaber. Politische Online-Aktivisten hätten darüber hinaus in Autokratien nicht nur gegen Überwachung, Zensur und Propaganda anzukämpfen, sondern müssten sich in der limitierten Aufmerksamkeitsökonomie des Webs auch beispielweise gegen Katzenvideos und Pornographie durchsetzen. Die neuen politischen Beteiligungsformen seien als „Slackivism“ anzusehen, da sie zwar nur einen Mausklick erfordern, sich darin aber allzu häufig bereits erschöpfen und nicht zu nachhaltigem politischen Wandel führen. Ähnlich argumentiert Gladwell (2010), weshalb „die Revolution nicht getweeted werden wird“ (Übersetzung d. Verf). Politischer Internetaktivismus produziere überwiegend „weak-tie“-Verbindungen, die keinen wirkungsvollen politischen Handlungsdruck nach sich ziehen. Dieser entstehe vor allem dann, wenn sich eine kritische Masse an Bürgern offline für ihre Anliegen einsetzt und hohe persönliche Risiken einzugehen bereit ist. Die undemokratischen politischen Outcomes des Arabischen Frühlings und die Kurzlebigkeit von Protestbewegungen, wie z.B. von Occupy Wall Street oder der deutschen Piratenpartei in der westlichen Welt, aber auch in Brasilien, in der Türkei und in Hongkong untermauern diese Ansichtweise. Im digitalen Zeitalter zeigen sich bestehende politische Institutionen trotz aller verführten Abgesänge persistent.

Öffentlich schlug der Internet-Optimismus dann endgültig in Pessimismus um, als die NSA-Affäre aufgedeckt wurde und seither auch die Netzpolitik demokratischer Regierungen hinterfragt wird. Laut Enzensberger sei Edward Snowden ein „Held des 21. Jahrhunderts“, der „postdemokratische Zustände“ aufgedeckt habe. Die konstitutionell geschützte Privatsphäre sei faktisch ausgesetzt. Nicht nur durch die digitale Kommunikation, sondern auch durch viele andere Akte des Alltags produzieren die Bürger eine Unmenge an Daten, die von

---

<sup>10</sup>

Vgl. die kritische Bewertung der Rolle von Twitter in Iran in Esfandiari 2010.

großen Konzernen und Geheimdiensten missbraucht wird. Die Politik würde die Augen vor der Dimension dieses Missbrauches verschließen (titel thesen temperamente 2013).

Stephen Walt diskutiert ein mögliches Zukunftsszenario, in dem Autokratien sich durch das Internet stärker für die Anliegen ihrer Bürger öffnen werden. Der Effekt in Demokratien könnte allerdings gegenteilig sein; für diese sei es verlockend, die immensen Datenmengen des Internets zu nutzen, um ihre Politikziele zu erreichen, beispielsweise in sicherheitspolitischer Hinsicht, weshalb sich liberale Freiheitsrechte tendenziell verschlechtern würden. Walt prognostiziert in diesem Sinne entweder den Fortbestand eines globalen Netzwerkes bei gleichzeitiger netzpolitischer Konvergenz von demokratischen und autokratischen Regimen oder aber es komme zu einer Fragmentierung des Internets, so dass derzeit ein „high-water mark of globalized Internet access“ erreicht sein könnte (Walt 2013).

Als Zwischenfazit der Debatte lässt sich anführen, dass vieles gegen die These vom revolutionären politischen Wandel durch das Internet spricht, dessen politischen Implikationen aber auch nicht marginalisiert werden sollten. Wir beobachten inkrementelle Veränderungen, die sich beispielsweise in der Bildung von alternativen Öffentlichkeiten in autoritären Regimen ausdrücken (Diamond 2010; Lynch 2011; Nisbet/Stoycheff/Pearce 2012). Der Verlauf und die Hürden des Wandels werden allerdings vom politischen Kontext bedingt, da das Internet als politisch neutrales Medium aufzufassen ist, das nicht „per se Demokratie freundlich oder förderlich ist“ (Kneuer 2013a: 25).

Wie so häufig ist es die wissenschaftlich vielversprechendste Vorgehensweise, eine empirisch orientierte pragmatische Mittelposition einzunehmen. Das Verhältnis zwischen Politik und Internet ist „dialektisch“ (Anstead/Chadwick 2008: 58), da Technologie politische Institutionen und Organisationen einerseits stärken kann, andererseits aber potentielle „politische Verlierer“ technologische Innovationen blockieren, wenn diese ihre Machtposition erodieren (Acemoglu/Robinson 2000). Deshalb muss unabhängig von dogmatischen Beschränkungen untersucht werden, unter welchen Bedingungen verschiedene politische

Akteure in der Lage sind, die internettechnologischen Neuerungen gewinnbringend zu integrieren. Die vorangegangene Diskussion und speziell die jüngeren Entwicklungen lassen im Sinne einer Verstärkungsthese eine Angleichung der politischen Machtverhältnisse im Netz an die politischen Strukturen der durch Nationalstaaten dominierten Offline-Welt plausibel erscheinen.

## **2.2. Konzeptualisierung**

Konzeptionell erhebt die Arbeit den Anspruch, die Rolle des Internets in der Politik möglichst umfassend zu systematisieren. Bislang sind häufig „Großtheorien“ mit dieser Zielsetzung vorzufinden, in denen die gesamte politische Nutzung des Internets unter breite theoretische Konstrukte wie „Cyberdemocracy“ oder „digitale Demokratie“ subsumiert wird (z.B. Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013; Grunwald 2006; Kneuer 2013a). IKT determinieren in diesen Ansichten soziales Verhalten und „intervene with and affect political systems“ (Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 31). Dementsprechend stehen die politischen Folgewirkungen des Internets im Fokus, während bestehende Institutionen vor allem als Widerstände und Vetokräfte konzeptualisiert werden.

Die Typologien stellen legitime Versuche dar, die beobachteten Phänomene einzuordnen. Allerdings geben die Autoren zu Bedenken, dass die Modelle in der politischen Realität als Mischformen anzufinden sind und das Internet am ehesten partielle Unterstützungsfunktionen ausfüllen könne (Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 44f.; Kneuer 2013a: 23f.). Idealtypische Klassifikationen sind auf einem hohen Abstraktionsniveau angesiedelt und daher aus empirisch-analytischer Sicht limitiert. Die Vielschichtigkeit der Online-Kommunikation erfordert Analyseschemen, die für gegenstandsspezifische Unterschiede offen sind und eine Überprüfung anhand von Theorien mittlerer Reichweite ermöglichen. Die vorliegende Studie differenziert zu diesem Zweck mehrere aktorenspezifische Dimensionen von Politik und Internet. So werden Aktivitäten der Regierung, politischen Parteien oder der Zivilgesellschaft zugeordnet.

In diesem Kapitel wird zunächst die empirisch orientierte Herangehensweise dargelegt. Darauf aufbauend werden die Operationalisierungen erläutert sowie

die zentralen Wirkmechanismen in einem Kausalmodell zusammengeführt. Gleichwohl hat das gewählte Forschungsdesign Grenzen, die am Ende des Kapitels diskutiert werden.

### *2.2.1. Empirisch orientierter Ansatz*

Die Arbeit unterscheidet akteursspezifische Präferenzen zum Einsatz des Internets und seiner Anwendungsformen. In Hinblick auf die Anwendung von Theorien mittlerer Reichweite und die empirische Analyse ist eine Untergliederung des Explanandums „Internet“ in mehrere Dimensionen der politischen Nutzung eine notwendige Bedingung. Gleichzeitig wird diese Komplexitätsreduktion der fluiden Natur der Online-Kommunikation nicht vollständig gerecht. Diese Limitationen werden ebenfalls besprochen.

Die im Folgenden präsentierte Klassifikation basiert auf den Vorarbeiten von Autoren, die einen vergleichbaren ganzheitlichen Erklärungsanspruch verfolgten (Chadwick 2006; Howard 2010; Norris 2001; konzeptionell ähnlich Schweitzer/Albrecht 2011: 33). Allerdings sind die bestehenden Ansätze noch nicht in einem Demokratie-Autokratie-Vergleich angewandt worden. Chadwick und Norris konzentrierten sich überwiegend auf die OECD-Länder, während Howard nur die islamische Welt betrachtete. Zudem untersuchten die Autoren ihre Dimensionen isoliert voneinander und vernachlässigten den Zusammenhang zwischen Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation. Daher vereinten sie im Grunde genommen mehrere Einzelstudien unter dem Dach einer Monographie, ohne tatsächlich die Interdependenzen im Gesamtbild zu betrachten.

Dennoch orientiert sich die vorliegende Arbeit so weit wie möglich an bestehenden Konzeptionen, um die Dialogfähigkeit mit dem Forschungsstand herzustellen. So wurden übereinstimmend die Regierung, politische Parteien und die Zivilgesellschaft als wichtigste Akteure identifiziert (Chadwick 2006; Howard 2010; Norris 2001). Die Literaturen zur Online-Kommunikation von Regierungen und Parteien können als relativ konsolidiert bezeichnet werden und basieren weitgehend auf konsensualen Grundannahmen (vgl. den jeweiligen Forschungsstand in den empirischen Kapiteln dieser Arbeit). Im Gegensatz hierzu beste-

hen gerade in Bezug auf die Online-Kommunikation der Zivilgesellschaft stark auseinandergelagerte Einschlusskriterien und Bezeichnungen. In der Literatur wird für letztere häufig das Konzept der E-Democracy verwendet, allerdings liegt es mittlerweile in verschiedensten Varianten vor und ist zudem zu breit und demokratietheoretisch aufgeladen, um die Kommunikation der Zivilgesellschaft regimtypübergreifend zu erfassen (kritisch zur Validität: Lidén 2015).<sup>11</sup> Gerade im Regimevergleich müssen Konzepte zwangsläufig schlank sein (Coppedge 2012; Sartori 1970). Deshalb wird hier die eng definierte Kategorie E-Activism eingeführt, die sich auf die Angebotsseite des politischen Online-Aktivismus bezieht, konkret Websites zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften. Während die Schaffung von Neologismen eigentlich zu vermeiden ist, kann das Vorgehen notwendig sein, wenn bestehende Begriffe ein Phänomen nicht adäquat erfassen (Gerring 1999: 369).

Darüber hinaus existieren weitere theoretisch relevante Aspekte wie die Adoption des Internets durch die Massenmedien und Phänomene wie Bürgerjournalismus im Netz (Chadwick 2006; Norris 2001) oder E-Voting-Verfahren (Schweitzer/Albrecht 2011). Eine umfassende Vermessung der Netzwerkgesellschaft (Castells 2007) müsste diese Prozesse ebenfalls einschließen. Die mangelnde Datenverfügbarkeit führt allerdings dazu, dass relevante Aspekte als Residualkategorie verbleiben, die in der empirischen Analyse nicht erfasst wird (siehe Kapitel 2.2.4 zu den Grenzen des Forschungsdesigns).

Tabelle 2.1 zeigt die so hergeleiteten fünf Dimensionen von Politik und Internet. Als Bestandteile der Netzpolitik oder synonym der „Politik fürs Netz“ (zur Begrifflichkeit: Schünemann 2012; vgl. Margolis/Resnick 2000: 10ff.) werden die Dimensionen Internetzugang und Internetfreiheit identifiziert. Die Netz-

---

<sup>11</sup> Bezugnehmend auf Barbers „starke Demokratie“ (Barber 1984) bezeichnet Chadwick (2006) beispielsweise schwächer institutionalisierte Prozesse *gesellschaftlicher* Deliberation und Partizipation als E-Democracy. Schweitzer/Albrecht (2011) hingegen fassen unter dem Begriff E-Democracy die demokratisierenden Effekte des Webs *innerhalb* politischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammen. Zusätzlich unterscheiden beide Beiträge die Dimension E-Mobilization, ein Instrument der Interessengruppen und sozialen Bewegungen.

**Tabelle 2.1:** Konzeptualisierung und Operationalisierung

	Internetzugang	Internetfreiheit	E-Government	E-Campaigning	E-Activism
Akteurstyp	Regierung	Regierung	Regierung	Parteien	Zivilgesellschaft
Operationalisierung	Internetnutzer pro 100 Einwohner	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Absenz technischer Filter</li> <li>• Integrität persönlicher Daten</li> <li>• Integrität persönlicher Kommunikation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informierung</li> <li>• Dienstleistung</li> <li>• Konsultation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informierung</li> <li>• Organisation</li> <li>• Mobilisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informierung</li> <li>• Organisation</li> <li>• Mobilisierung</li> </ul>
Datenquelle	Weltbank	Web Index, Freedom House	Vereinte Nationen	Web Index	Web Index
Charakter	Netzpolitik (Politik fürs Netz)		Politische Online-Kommunikation (Politik im Netz)		

Anmerkung: Eigene Darstellung.

politik äußert sich durch mehrere Mechanismen: technische Designs, privatwirtschaftliche Unternehmenspolitiken, globale Institutionen und nationalstaatliche Gesetze und Policies (DeNardis 2014: 23). Letztinstanzlich sind jedoch Regierungen die zentralen Regelsetzer der Politik fürs Netz. Sie bestimmen die Rahmenbedingungen für den Internetzugang, sowohl durch eigene Infrastrukturinitiativen wie die „digitale Agenda“ der deutschen Bundesregierung, als auch durch die Regulierung der Tätigkeit ökonomischer Akteure wie Telekommunikationsunternehmen (Goldsmith/Wu 2006; Milner 2006). Zudem intervenieren Regierungen situationsbedingt in die nationalstaatlich gebundene digitale Infrastruktur (Howard/Agarwal/Hussain 2011).

Vom Internetzugang getrennt werden die Freiheitsgrade der Internetnutzung untersucht. Die Freiheit des Internets wird durch die technische Filterung von Inhalten sowie die Verletzung der Integrität von persönlichen Daten und persönlicher Kommunikation beeinträchtigt. Regierungen kontrollieren und überwachen Informationsflüsse im Netz, so dass bereits von einer „Balkanisierung“ oder

Renationalisierung des Internets gesprochen wird (Kaspersky 2013; Mueller 2015; Walt 2013). Die vorgenommene konzeptionelle Zweiteilung stellt bereits einen Fortschritt zu einer Vielzahl an vorherigen Studien dar, die unzureichend zwischen der Konnektivität der Bevölkerung und den tatsächlichen Freiheitsgraden der Internetnutzung unterschieden.

Im Rahmen der Politik fürs Netz entfaltet sich die „Politik im Netz“, die Nutzung des Internets durch politische Akteure. Betrachtet wird hier die politische Online-Kommunikation durch Regierungen, Parteien und die Zivilgesellschaft. E-Government bezieht sich auf Informations-, Dienstleistungs- und Konsultationsangebote von Regierungen und Verwaltungen an Bürger, wirtschaftliche Akteure und andere Regierungsstellen. E-Campaigning bezeichnet die Nutzung des Internets durch parteipolitische Akteure zur Information der Bürger, der internen Organisation und Koordinierung von Kampagnen sowie zur Mobilisierung von Bürgern und Unterstützern. E-Activism umfasst die Online-Aktivitäten und -Kampagnen von zivilgesellschaftlichen Akteuren, hier NGOs und Gewerkschaften.

### 2.2.2. *Operationalisierung politischer Online-Kommunikation*

Die zuvor diskutierte Konzeptualisierung ist im Gegensatz zu abstrakten Typologien operationalisierbar (vgl. Tabelle 2.1). Die Quantifizierung politischer Kommunikationsprozesse ist ein zentrales Desiderat an der Schnittstelle zwischen Vergleichender Kommunikations- und Politikwissenschaft, das vor allem aufgrund methodischer Schwierigkeiten nicht zufriedenstellend adressiert worden ist (Norris 2009). Es kann immerhin auf ein Vorgehen aufgebaut werden, das sich in der Forschung zur Online-Kommunikation in der OECD-Welt etabliert hat. Die Analyse von Internetangeboten basiert auf einem Analyseraster, das in den letzten 15 Jahren konstant weiterentwickelt wurde und den Instrumentenkasten politischer Online-Aktivitäten widerspiegelt (Breuer/Khashaba 2014; Foot et al. 2007; Gibson/Ward 2000; Kluver et al. 2007; Lilleker et al. 2011; Norris 2003; Vereinte Nationen 2014a). Diese Schule vermisst Kommunikationsprozesse über Online-Outputs politischer Akteure, d.h. „the features of

websites as inscriptions of political actions on the part of site producers, enabling or constraining political actions by site visitors“ (Jankowski et al. 2007: 4).

Internetauftritte werden dabei auf das Vorhandensein und die Funktionalität von Elementen mit verschiedenen Zielsetzungen untersucht. Übereinstimmend wird den Web-Präsenzen politischer Akteure in sämtlichen Studien eine Informationsfunktion zugeschrieben. Diese manifestiert sich in News, Informationen zu Gesetzen, Parteiprogrammen oder Biographien von politischen Akteuren, also klassischen, „Top-Down“ gerichteten Funktionen politischer Kommunikation, weshalb diese Features häufig als Web 1.0-Elemente bezeichnet werden. Bereits früh wurden weitergehende Features identifiziert, die auf „horizontale“ oder „interaktive Informationsflüsse“ ausgerichtet sind (Gibson/Ward 2000), von Norris (2003) unter dem Begriff der „communication interactivity“ zusammengefasst. Die Forschung nahm im Zeitalter des Web 2.0 weitere Ausdifferenzierungen vor und fokussierte dabei auf die Nutzerfreundlichkeit und Verwendung technisch fortgeschrittener Elemente wie Grafiken und multimedialen Features, den Austausch mit Interessenten, Bürgern und Mitgliedern, sowie die Nutzung des Internets, um politischen Aktivismus offline zu stimulieren (Foot et al. 2007; Lilleker et al. 2011). Im Anforderungsprofil politischer Online-Kommunikation sollen Webpräsenzen also der Informierung der Öffentlichkeit dienen und darüber hinaus interaktive Formate anbieten. Auch die OECD betont, dass eine stärkere Bürgerbeteiligung via IKT die Legitimität politischer Entscheidungen erhöhen könne (OECD 2001). Auf Basis dieser Vorarbeiten wurden die abhängigen Variablen zur Politik im Netz konstruiert. Sie werden im Folgenden kurz eingeführt und in den Empiriekapiteln 6 bis 8 ausführlich erläutert.<sup>12</sup>

Die Tätigkeit von Regierungen im E-Government wird seit mehr als einer Dekade von den Vereinten Nationen in einem Index gemessen. Der *UN Global E-Government Survey* betrachtet „how willing and ready governments around the world are to employ the vast opportunities offered by e-government to im-

---

<sup>12</sup> Die Erhebung des Web Index 2013 (World Wide Web Foundation 2013a), auf dessen Datenbasis sich die Arbeit stützt, und die Konstruktion der Indikatoren werden in Kapitel 3.2.1 diskutiert.



prove access to – and the quality of – basic social services to the people“ (Vereinte Nationen 2003: 11). Für sämtliche Regierungen ist es erstrebenswert, ihre Regierungsführung durch digitale Dienstleistungen zu modernisieren, weshalb diese abhängige Variable als Performanzindikator angesehen werden kann.

Im Gegensatz zum E-Government folgen die Messungen in E-Campaigning und E-Activism einer anderen Logik, da hier eine große Bandbreite an politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit heterogenen Zielen und variierenden politischen Ausrichtungen im Fokus stehen. Die Performanz der Websites der wichtigsten Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem Land wurde im *Web Index 2013* in Hinblick auf drei Funktionen bewertet (World Wide Web Foundation 2013a): Informierung der Öffentlichkeit, Organisationsfunktionen wie die interne Kommunikation und Rekrutierung neuer Mitglieder sowie die Mobilisierung für politische Aktivitäten und Kampagnen on- und offline. Anschließend werden die Bewertungen aller betrachteten Gruppierungen verglichen. Ein Höchstwert für ein Land bedeutet demzufolge, dass alle relevanten politischen Parteien bzw. alle relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen in gleichem Maße das Internet nutzen. Mittlere Werte zeigen an, dass parteipolitische und zivilgesellschaftliche Akteure das Internet durchweg eher passiv nutzen und die Pflege von Web-Angeboten nicht prioritär verfolgt wird oder dass nicht *alle* relevanten parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen das Internet in gleichem Ausmaß für ihre Aktivitäten nutzen.<sup>13</sup> Eine niedrige Ausprägung bildet unterentwickelte parteipolitische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Netz ab.

---

<sup>13</sup>

Innerstaatliche Diskrepanzen zwischen Parteien bzw. zivilgesellschaftlichen Organisationen basieren häufig auf Organisationscharakteristika wie Budgetlimitationen, der Größe der Gruppierung oder der politischen Ausrichtung. Hierfür sollen einige Beispiele angeführt werden (allesamt aus World Wide Web Foundation 2013a):

„JFJ is the most active CSO and the only one who makes use of data to engage with the government and mount campaigns. Jamaica is such a politically polarized country that the majority of the CSOs do not want to be disruptive for fear of losing funding. And JFJ has come under fire for its activities.“

In Anlehnung an Deibert et al. (2012), die von einem „Contested Cyberspace“ sprechen, sind die Indikatoren als Grad der Kontestation parteipolitischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Internet zu interpretieren. Auch Giersdorf/Croissant (2011: 15) sprechen von einer „increasing contestation in the media arena“ durch das Internet. Kontestation kann als „extent of permissible opposition, public contestation, or political competition“ (Dahl 1971: 4) bezeichnet werden.<sup>14</sup> Die Übertragung des Begriffs auf E-Campaigning und E-Activism beschreibt die Intensität des politischen Wettbewerbs um öffentliche Aufmerksamkeit und den Pluralismus politischer Debatten im Netz.<sup>15</sup>

Mit diesem output-orientierten Vorgehen lässt sich auch die allzu häufig vernachlässigte Interdependenz zwischen Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation berücksichtigen. Erstaunlicherweise betrachtet ein Großteil der Forschung die Konstitution und Regulierung des Kommunikationsraumes Internet als konstante Größe, bzw. konzeptualisiert den Internetzugang als gegebene Voraussetzung. Die fehlende Verknüpfung zum netzpolitischen Forschungsstrang muss als grundlegende Schwäche angesehen werden, wird die politische Online-Kommunikation doch von der zugrundeliegenden Infrastruktur und ihrer Regulierung bedingt („Code is Law“, vgl. Lessig 2006).

Insgesamt ist die bisherige Forschung fragmentiert, da die Literaturen zu E-Government, E-Campaigning und E-Activism trotz ähnlicher Leit motive und Hypothesen kaum aufeinander Bezug nehmen. Auch die Anbindung an Theorien der Vergleichenden Politikwissenschaft ist mangelhaft. Im Gegensatz zu tech-

---

„Trade unions generally have a web presence in Kazakhstan. Their sites are regularly updated. They provide information on current political and public policy issues but often from a government point of view.“

„A few parties use the web for public outreach - some of those tools include social media platforms like Flickr, YouTube and Twitter - but the score is a 5 because 1) there are not many parties that utilize the web - either with their own site or via Facebook, and 2) they participate more in passive outreach. Keep in mind that even though Jordan has a parliament, the country is ultimately under the rule of their king.“

<sup>14</sup> In Dahls wegweisender Studie ist Kontestation neben der Partizipation eine der beiden Säulen der Polyarchie.

<sup>15</sup> Der Begriff wird auch in den internationalen Beziehungen genutzt, vgl. die „Kontestation in Diskursräumen“ (Wiener 2014).

nikdeterministischen Ansichtsweisen verläuft der kausale Pfad in dieser Arbeit deshalb in entgegengesetzter Richtung: Sie prüft Theorien mittlerer Reichweite basierend auf der politikwissenschaftlich begründeten Annahme, dass politische Institutionen die Opportunitätsstrukturen für technologische Innovation und Adaption entscheidend beeinflussen:

„[...] political institutions shape the nature, pace, and spread of technological change.“ (Acemoglu 2014: 15)

### 2.2.3. *Kausalmodell*

Die fünf Dimensionen von Politik und Internet (vgl. Tabelle 2.1) werden auf der Makro-Ebene gemessen und bilden daher aggregierte individuelle Verhaltensweisen ab. Der folgende Abschnitt diskutiert die Mikro- und Meso-Mechanismen, die den Korrelationen zwischen Regimetyyp, Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation zugrunde liegen.

Das politische Akteursverhalten im Netz steht über zwei Wirkmechanismen mit dem Regimetyyp in Zusammenhang (vgl. Abbildung 2.2). Erstens durch die nationalstaatliche Autorität, die den Rahmen für die zivilgesellschaftliche und parteipolitische Interessenorganisation vorgibt. Zweitens sind intermediäre Effekte durch die Netzpolitik zu erwarten, die ebenfalls letztinstanzlich von der Regierung bestimmt wird. DeNardis sieht diesen zweiten Pfad sogar als den bedeutenderen an:

„The inability of governments to control the flow of information via laws and other mechanisms of traditional authority has shifted political battles into the technical domain of internet infrastructure and governance.“ (DeNardis 2014: 10)

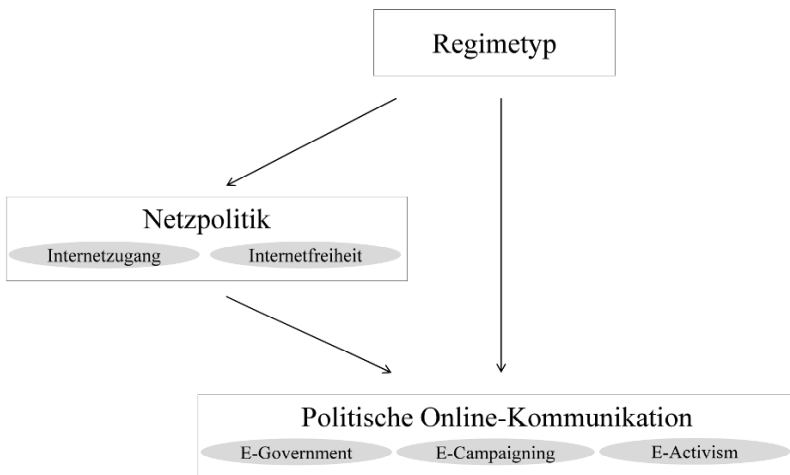
Diese Sichtweise unterschätzt allerdings die Bedeutung des politisch-institutionellen Kontexts, der sich durchaus in den Akteurskonstellationen im Netz widerspiegelt. Dies zeigte sich bereits im E-Campaigning in der westlichen Welt, das je nach politischem System divergiert (Lilleker/Jackson 2011b; Römmele 2003; Schweitzer/Albrecht 2011; Stier 2012). Der Diagnose von DeNardis

ist aber insofern zuzustimmen, als sich die netzpolitische Variation im Ländervergleich zunehmend von Ungleichheiten des Internetzugangs hin zur Kanalisierung von Kommunikationsflüssen im Netz verschiebt. Dieser Mechanismus löst den politischen Kontext offline aber nicht ab, sondern ergänzt diesen. Das Modell folgt also der Prämisse, dass staatliche Hoheitsrechte auch in Zeiten des Internets weitgehend gewahrt sind.

Der erste, direkte Kausalpfad verläuft vom Regimetypp zur politischen Online-Kommunikation. Die Kalküle von Regierungen zum Einsatz von E-Government variieren je nach Regimetypp. Politische Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen unterliegen unterschiedlichen Registrierungspflichten und Regulierungen in Autokratien und Demokratien. Wahlen und Wahlkämpfe sind in verschiedenen politischen Systemen funktional divergent. Ressourcen sind ungleich über Parteien bzw. zivilgesellschaftliche Gruppen verteilt. Und nicht zuletzt bestimmt der Regimetypp die Bandbreite der Mittel, die Regierungen gegenüber oppositionellen Akteuren einsetzen. Eine regimekritische Gruppe in einer Autokratie wird ihre Aktivitäten im Netz daran ausrichten, dass sie weiterhin ortsgebunden der staatlichen Handlungsmacht ausgesetzt ist. Auch die individuellen Erwägungen, die der Beteiligung in einer politischen Vereinigung und dem Aufruf oder der Produktion von politischen Online-Inhalten zugrunde liegen, werden von diesen offline vermittelten Mechanismen bestimmt.<sup>16</sup> Dies lässt erhebliche Unterschiede in E-Government, E-Campaigning und E-Activism zwischen Autokratien und Demokratien vermuten. Gleichwohl sind gegenstandsspezifische Variationen zu erwarten. Deshalb müssen Richtung, Größe und statistische Regimetyppvariablen im Vergleich zwischen den abhängigen Variablen betrachtet werden.

---

<sup>16</sup> Die Mechanismen werden bestmöglich operationalisiert und in den empirischen Kapiteln zusätzlich zum Regimetypp geprüft.

**Abbildung 2.2:** Kausalmodell

Anmerkung: Eigene Darstellung.

Der zweite, indirekte Kausalpfad zwischen Regimtyp und politischer Online-Kommunikation verläuft über die Netzpolitik, also dem Internetzugang und der Internetfreiheit. Zunächst muss eine Regierung die Voraussetzungen für die Nutzung des Internets schaffen. Konkret sind öffentliche Investitionen vonnöten, ein marktwirtschaftliches Umfeld, in dem Telekommunikationsunternehmen mit Profitabsicht operieren können sowie der Schutz von Eigentumsrechten und kritischen Infrastrukturen. Nur wenn ein signifikanter Teil der Bevölkerung im Netz erreicht werden kann, sind Online-Angebote in den Kalkulationen politischer Akteure lohnenswert. Ein großer potentieller Nutzerkreis stimuliert so die politische Online-Kommunikation.

Gleichzeitig greifen Regierungen über Inhaltsbeschränkungen und Regulierungsmaßnahmen in die politische Online-Kommunikation ein, sei es aus Gründen der inneren und nationalen Sicherheit, ökonomischen oder politischen Gründen. Ein jüngeres Beispiel hierfür sind die letztendlich gescheiterten Bemühungen der Regierung Orban in Ungarn, eine Besteuerung von Datenpaketen im

Internet einzuführen. Nicht nur autoritäre, sondern auch demokratische Regierungen schirmen ihre Bevölkerungen vor unerwünschten Online-Inhalten ab.

Regierungsaktivitäten und schwache Datenschutzgesetzgebungen wirken sich auf das Nutzerverhalten aus, das zunehmend von der Sorge getrieben ist, persönliche „digital traces“ könnten durch zukünftige Arbeitgeber, Kreditinstitute oder Strafverfolgungsbehörden negativ ausgelegt werden (Froomkin 2015; Harnisch/Schünemann 2015).<sup>17</sup> David Cameron erzeugte während der Proteste in London 2011 öffentlichen Druck auf Social Media-Anbieter, „auführerische“ Einträge zu entfernen (Dick/Oyieke/Bothma 2012; Halliday/Garside 2011), was zur Löschung von Einträgen durch Facebook führte. Zudem wurden soziale Netzwerke von der Polizei durchsucht, um Beteiligte zu identifizieren und präventiv auf zukünftige Gewaltausbrüche zu reagieren.

Auch wurde spätestens mit der Enthüllung der NSA-Spionage offensichtlich, dass Regierungsakteure spezifische Aspekte der Online-Kommunikation, ja teilweise sogar den gesamten Internetverkehr überwachen. Überwachungsmaßnahmen westlicher Regierungen unterminieren bereits die Rede-, Versammlungs- und Bewegungsfreiheiten. Laut einer Umfrage von Human Rights Watch wird die Arbeit von Journalisten und Anwälten durch die potentielle Überwachung ihrer Kommunikation massiv eingeschränkt. Diese Gruppen greifen zunehmend auf analoge, längst überholte Kommunikationsmethoden zurück. Eine Umfrage von April 2014 offenbarte, dass 47% der Amerikaner ihre Internetnutzung als Reaktion auf die NSA-Enthüllungen anpassten (Wong 2015: 20f.). Diese Entwicklungen erzeugen ein Klima der permanenten Selbsthinterfragung des Nutzerverhaltens und führen dazu, dass das Internet als pluralistischer politischer Kommunikationskanal entwertet wird. Der Rechtsprofessor Neil Richards kommentiert dahingehend:

„The challenge to our law posed by the Age of Surveillance is immense. The justifications for surveillance by public and private actors are significant, but

---

<sup>17</sup> Gleichwohl sind im Internet ungezügelter Meinungsäußerungen – auch unter Klarnamen – zu Themen wie der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland vorzufinden.

so too are the costs that the rising tide of unfettered surveillance is creating. Surveillance can sometimes be necessary, even helpful. But unconstrained surveillance, especially of our intellectual activities, threatens a cognitive revolution that cuts at the core of the freedom of the mind that our political institutions presuppose. Therefore, surveillance must be constrained by legal and social rules.“ (Richards 2013: 1964)

Die Internetüberwachung ist in autokratischen Regimen eine schwerwiegendere Bedrohung für das Sicherheitsgefühl der Anbieter und Nutzer politischer Online-Kommunikation als in Demokratien. Dennoch sind das Festhalten des Lebensgefährten von Glenn Greenwald, dem journalistischen Kooperationspartner von Edward Snowden, am Airport London Heathrow oder die Migration von kritischen Netzaktivisten aus den USA und Großbritannien nach Berlin (Cadwalladr 2014) Anzeichen dafür, dass die Internetüberwachung auch in liberalen Demokratien die Opportunitätsstrukturen der politischen Meinungsäußerung verändert (sog. „Chilling Effects“; vgl. PEN America 2013).

Ein unfreies Internet beeinträchtigt auch Aktivitäten politischer Akteure. Politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen werden die Konformität ihrer Inhalte mit dominierenden politischen Normen abprüfen. Auch mit einem Rückzug in die Privatheit und einer weniger politisch oder subversiv motivierten Nutzung des Internets muss gerechnet werden, was die Investitionen in derartige Online-Angebote weniger lohnenswert macht. Die Selbstzensur kann latente hemmende Effekte auf der Angebots- und Nutzerseite mit sich bringen, beispielsweise eine geringer ausgeprägte Mobilisierungskomponente von Websites, da der Aufruf zu Protesten im überwachten Internet strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte.

Die Ausprägungen der Internetnutzung, Internetzensur und schließlich der Wettbewerb in der politischen Online-Kommunikation variieren auch innerhalb von Regimegruppen:

„Thus, even within the category of 'authoritarian,' regimes vary widely in their approach to ICT censorship and regulation, with broadly ranging degrees of control and contestation.“ (Greitens 2013: 263)

Um die im Kausalmodell abgebildeten Interdependenzen zu erfassen, werden die beiden netzpolitischen Dimensionen als erklärende Faktoren in den statistischen Modellen zur politischen Online-Kommunikation eingeführt. Zudem wird mittels Interaktionseffekten geprüft, ob der Einfluss von Internetzugang und Internetautonomie auf die abhängigen Variablen von demokratie- oder autokratiespezifischen Effekten moderiert wird (linker Pfad in Abbildung 2.2).

#### 2.2.4. *Grenzen des Forschungsdesigns*

Die makro-quantitative Vermessung eines neuen Forschungsfeldes ist zwangsläufig mit Limitationen verbunden. Deshalb sollen an dieser Stelle auch die Grenzen des Forschungsdesigns definiert werden. Aufgrund methodischer und forschungspraktischer Erwägungen, die überwiegend mit dem immer noch limitierten Datenmaterial zusammenhängen, können einige benachbarte Fragestellungen nicht direkt adressiert werden.

Erstens konzentriert sich die Arbeit in ihrem Zugriff auf die Makro- und Meso-Ebenen, und somit auf strukturelle und politisch-organisatorische Rahmenbedingungen, die der Nutzung des Webs zugrunde liegen. Idealerweise wäre der Zusammenhang zwischen Politik und Internet auch auf der Mikro-Ebene des Individuums zu untersuchen (Kneuer 2013a: 22). Jedoch mangelt es noch an Individualdaten, speziell in autokratischen Kontexten, die das Thema in einem globalen Vergleichsmaßstab erfassen würden. Ironischerweise sind zur Beantwortung von Fragestellungen digitaler Politik, trotz oder eher aufgrund der unendlichen Datenflut im Web, repräsentative Offline-Meinungsumfragen weiterhin die zuverlässigsten Indikatoren (Faris 2013: 17).

Die output-zentrierte Untersuchung von Websites bietet methodische Vorteile, so sind „activity-based measures“ einfacher zu erfassen als „impact-measures“ (Faris 2013: 15), die eine unüberschaubare Zahl an Kontrollgrößen



beinhalten. Eine nutzerzentrierte Untersuchung würde ein ungleich größer angelegtes, bislang in der Komparatistik nicht realisierbares Forschungsdesign erfordern. Der zugrundeliegende „supply-side focus“ (Lilleker/Vedel 2013: 415; Whitmore 2012: 69) dieser Arbeit gibt also keinen direkten Aufschluss über die konkrete Nutzung der Dienste und deren Outcomes. Aufbauend auf die Erkenntnisse von zwei Jahrzehnten Forschung zur politischen Online-Kommunikation ist es aber zulässig, aus politischen Online-Outputs Inferenzschlüsse bezüglich der Akteursintentionen und auch vorsichtiger Schlüsse in Hinblick auf die Nutzerseite zu ziehen:

„There is however a strong linkage between activity measures and impact measures, and compiling standard metrics of Internet activity is a useful and necessary step towards better understanding the impact of digital activity.“ (Faris 2013: 15)

Zweitens werden dementsprechend keine politischen Outcomes untersucht. Ein Puzzle wie z.B. die Fragestellung „hat das Internet den Arabischen Frühling verursacht?“ gleicht einem gordischen Knoten mit einer Vielzahl an interdependenten kausalen Wirkmechanismen. Generell sind Untersuchungen zur Stabilität und Legitimität autoritärer Regime methodisch problembehaftet (Croissant/Wurster 2013: 15). Auch zur beständigen Debatte in der demokratischen Welt, ob das Internet ein revitalisierender oder „Stress erzeugender“ politischer Faktor ist (Kneuer 2013a; Korte 2012a), bezieht die Arbeit nicht explizit Stellung.

Drittens bezieht sich das zugrundeliegende empirische Material auf etablierte politische Organisationen, deren Tätigkeit im Kontext des Regimetyps interpretiert werden muss. Die Untersuchung des parteipolitischen E-Campaigning ist kohärent mit einer zentralen Erkenntnis der jüngeren Autokratieforschung, die eine zunehmende Übernahme „demokratischer Institutionen“ identifiziert (Gandhi 2008; Schedler 2010). Auch der Geltungsbereich des E-Activism fokussiert auf etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen wie NGOs und Gewerkschaften, die nicht zwangsläufig in Opposition zur Regierung stehen müssen,

weder in Demokratien noch in Autokratien (Lewis 2013; vgl. Kapitel 8). Hingegen betonen einige Autoren – einer stärkeren Bottom-Up-Logik folgend – das politische Transformationspotential des „organizing without organizations“ (Shirky 2008), das mittels internetinduzierter horizontaler Netzwerkbildung die Legitimität etablierter politischer Institutionen und Organisationen untergrabe (Benkler 2006; Castells 2007, 2012; Shirky 2008). Die Nutzung von Social Media durch soziale Protestbewegungen in so verschiedenartigen Kontexten wie Ägypten, Brasilien, Spanien, Tunesien oder der Türkei scheint dies zu untermauern.

Jedoch überschätzen derartige Paradigmen die Kohärenz und Nachhaltigkeit und somit politische Relevanz onlinemobilisierter Proteste. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich internetorganisierte soziale Bewegungen mit loser Organisationsstruktur, die vor allem seit den 2010er-Jahren zu beobachten sind, trotz anfänglicher medialer und auch wissenschaftlicher Euphorie nicht als politische Kräfte etablieren konnten: „Social media can’t provide what social change has always required“ (Gladwell 2010; ebenfalls kritisch: Fung/Russon Gilman/Shkabatur 2013: 36; Lynch 2011: 302). Die Folgen dessen waren beispielsweise im Kontext der Revolution in Ägypten zu beobachten, wo es nicht den liberalen Protestierenden des Landes, sondern der bereits offline stringent organisierten Muslimbrüderschaft und anschließend dem Militär gelang, das politische Vakuum nach dem Sturz des Mubarak-Regimes zu füllen. Auch Diamond knüpft die Wirkung der Befreiungstechnologie Internet an organisationsstrukturelle Begebenheiten:

„But the struggle for electronic access is really just the timeless struggle for freedom by new means. It is not technology, but people, organizations, and governments that will determine who prevails.“ (Diamond 2010: 82)

Dennoch bildet die Kommunikation sozialer Ad-hoc-Bewegungen eine Residualkategorie von Interesse, die im Rahmen dieser Arbeit nicht erfasst werden kann.

Viertens liegt der räumliche Fokus auf dem Nationalstaat, was der globalen Netzwerklogik des Internets zu widersprechen scheint. Nichtsdestotrotz sind nationalstaatliche Politikategorien auch im Internetzeitalter die wichtigsten Bestimmungsgrößen:

„Public goods and related virtues of government control of the Internet are necessary across multiple dimensions for the Internet to work, and as a practical matter only traditional territorial governments can provide such goods. Anarchy—the absence of coercive government that the Internet visionaries cherished—will not work.“ (Goldsmith/Wu 2006: 142)

Die politökonomische Untersuchung von Innovationsprozessen operiert mit vergleichbaren Annahmen (Evans 1995; Milner 2006). Der staatliche Souveränitätsanspruch zeigt sich auch zunehmend anhand von Regulierung und technischen Eingriffen innerhalb des Netzes. Vor allem aber sind auch im Internet weiterhin nationale Kommunikationsräume zu erkennen. Die (politische) Online-Kommunikation vollzieht sich innerhalb eines „strukturalen Nationalismus“, der sich anhand linguistisch, politisch- und mediensystemisch vorgeprägter Diskursgemeinschaften manifestiert (Schünemann 2014; vgl. Flew/Waisbord 2015: 632). So sind Online-Angebote politischer Akteure vorrangig auf eine nationale Audienz ausgerichtet.<sup>18</sup>

Fünftens bildet das Querschnittsdesign einen temporal begrenzten „Snapshot“ politischer Anpassungsreaktionen an das Internet im Jahr 2013 ab. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung des Internets zu berücksichtigen (Karpf 2012). Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die politische Nutzung des Internets mit dessen weltweiter Diffusion angleichen könnte.<sup>19</sup> Das Hauptziel des Querschnittsdesigns ist es, das Ausmaß und die Brüche dieser

---

<sup>18</sup> Vgl. zur Bedeutung von Globalisierungsprozessen Kapitel 3.3.

<sup>19</sup> Dies kann als Illustration von Coppedges (2012: 4f.) Mahnung gelten, dass politikwissenschaftliche Ergebnisse dahingehend konditional sind, dass sie einer temporalen Bindung unterliegen. Diese zeitlichen Dynamiken werden im Analyseteil der Arbeit anhand des verfügbaren Datenmaterials für die Dimensionen Internetzugang und E-Government einer empirischen Überprüfung unterzogen.

Konvergenzprozesse empirisch abzubilden: „[...] it is characterizing and explaining variations in the role of technology in political life that will sustain a robust research agenda“ (Greitens/Koehler-Derrick 2013: 260). Auch die über Zeit zunehmende politische Nutzung sozialer Netzwerkseiten wie Twitter und Facebook durch politische Akteure werden bei einer Website-basierten Klassifikation nicht berücksichtigt. Es erscheint aber plausibel, dass politische Organisationen, deren Websites dem „State of the Art“ entsprechen, auch soziale Netzwerkseiten im Werben für ihre politischen Ziele intensiv zu nutzen wissen.

### 2.3. Theoretische Fundierung

Der theoretische Unterbau soll die Kommunikationsstrategien politischer Akteure im Zusammenspiel mit ihrem politischen Kontext erläutern. In der demokratischen Interessenvermittlung hat sich der Einsatz des Internets durch sämtliche politische Akteursgruppen mittlerweile etabliert (vgl. die Sammelbände von Chadwick/Howard 2008; Semetko/Scammell 2012), wenngleich auch dort Variationen im Ländervergleich zu beobachten sind. Diese nuancierten Unterschiede werden durch die hier verwendeten makro-quantitativen Messinstrumente allerdings kaum erfasst. Zudem setzen feingliedrige Erklärungsansätze an der Schnittstelle zwischen Kommunikations- und Politikwissenschaft, wie Agenda-Setting-, Framing- oder Priming-Theorien, demokratische Kommunikations- und Medienlandschaften bereits voraus.<sup>20</sup> Die Theorie- und Hypothesenbildung ist deshalb überproportional der Rolle des Internets in der nicht-demokratischen Politik gewidmet. An dieser Stelle sind die größten Erklärungslücken zu erkennen.

Die Arbeit verbindet drei, teilweise ineinander verschränkte, theoretische Schulen: politikökonomische Ansätze, die neuere Forschung zur „autoritären Deliberation“ und institutionalistische Ansätze. Daraus werden nicht etwa selektiv Beiträge extrahiert, die auf gewichtige Unterschiede zwischen Autokratien

---

<sup>20</sup> Wenngleich diese Theorien, auch dank der Vorarbeiten makro-quantitativer Untersuchungen, in der Zukunft auf nicht-demokratische Kontexte ausgeweitet werden dürften.

und Demokratien hinweisen, sondern auch Studien in den Blick genommen, die auf die Nullhypothese hindeuten, dass der Regimetyp an mancher Stelle wenig(er) bedeutend ist. Für sich genommen weisen die Theorien im Kontext des vorliegenden Themenkomplexes limitierte Erklärungskraft auf; zusammen können aber jeweils die Blindstellen der anderen Ansätze adressiert werden.<sup>21</sup>

### 2.3.1. *Politökonomische Ansätze*

Die politökonomische Literatur zur Erklärung von regimetypspezifischen Unterschieden in *Politics* und *Policies* basiert überwiegend auf Varianten von Rational-Choice-Modellen (vgl. die Beiträge in Weingast/Wittman 2006). Die Theorien rationaler Wahl beschreiben die Interessenformierung auf der Ebene des Individuums, das als *homo oeconomicus* modelliert wird (vgl. einfürend Braun 2013; Schmidt 2010a: 196ff.). Jeder Mensch hat individuelle Ziele und Bedürfnisse, die er anhand rationaler Kosten-Nutzen-Abwägungen in eine Präferenzordnung überführt, die transitiv und vollständig ist und eine Kontinuität aufweist (Braun 2013: 163). Die strikt utilitaristische Rational-Choice-Lehre postuliert ein radikales Verständnis von Eigennutz, indem die Präferenzordnung ausschließlich auf die egoistische Akkumulation privater Güter abzielt. Der *homo oeconomicus* verfügt darüber hinaus über vollständige Informationen über seine Handlungsalternativen und deren Kosten.

Mittlerweile dominieren realitätsnahe Ansätze, die über die individuelle Nutzenmaximierung hinausgehen und es so „den Akteuren überlassen bleibt, was als Objekt der Bedürfnisse gilt“ (Braun 2013: 163; vgl. Riker 1995). Derart verstanden bezieht sich der Begriff der Rationalität auf einen zweckrationalen Prozess (vgl. Weber 1922) zur Umsetzung selbstgesetzter Präferenzordnungen: „[...] whether the goals in the set are good or evil or neither is irrelevant, as long

---

<sup>21</sup> Erklärungsmodelle sollten aus ontologisch kompatiblen Theorien abgeleitet werden, um relative Effekte von Variablen in statistischen Modellen sinnvoll interpretieren zu können (Sieberer 2011: 166). Die hier verwendeten Ansätze sind allesamt akteurszentriert und demnach wissenschaftstheoretisch kongruent.

as the participants order them“ (Riker 1995: 25).<sup>22</sup> Auch in Hinblick auf die Informationsverfügbarkeit wurden die Grundannahmen abgerüstet. Akteure setzen die Mittel ein, die unter Kenntnis ihrer Handlungsoptionen und dem antizipierten Verhalten anderer den größtmöglichen Nutzen generieren. Die Präferenzordnung und die Folgenabwägung sind demzufolge nicht vollständig durchkalkulierbar, sondern „choices known to the chooser“ (Riker 1995: 25). Eine Handlung ist in ihrer instrumentellen Konsequenz nicht zwangsläufig akkurat, in ihrem prozeduralen Zustandekommen jedoch schon.

Zur politikwissenschaftlichen Verankerung der Theorien rationaler Wahl hat ihre Erweiterung um institutionelle Kontextfaktoren beigetragen. Institutionen können verstanden werden als:

„[...] a relatively enduring collection of rules and organized practices, embedded in structures of meaning and resources that are relatively invariant in the face of turnover of individuals and relatively resilient to the idiosyncratic preferences and expectations of individuals and changing external circumstances.“ (March/Olsen 2006: 3)

Der Rational-Choice-Institutionalismus konzeptualisiert Institutionen als „system of rules and incentives“ (Rhodes/Binder/Rockman 2006a: xiii); als rahmengebende Kontextbedingungen, die auf die Interessenbildung politischer Akteure einwirken, indem sie Informations- und Transaktionskosten reduzieren und die Einhaltung kollektiver Entscheidungen befördern (Braun 2013; Hall/Taylor 1996). Diese Kosten werden innerhalb der institutionellen Landschaft explizit modelliert, meist als Asymmetrien zwischen beteiligten Akteuren.<sup>23</sup> Der Rational-Choice-Institutionalismus ermöglicht die Erklärung von Akteurskonstellatio-

<sup>22</sup> Für die Gültigkeit des Grundmodells ist es unwesentlich, ob ein Diktator seine Herrschaft an der Maximierung seines (ökonomischen) Eigennutzens ausrichtet wie Robert Mugabe oder an der totalitären Umsetzung einer Ideologie wie Adolf Hitler.

<sup>23</sup> Eine Abweichung von der Annahme vollständiger Information ist bereits in Downs (1957) wegweisenden „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ zu erkennen, in der die Kosten der Informationsbeschaffung ein gewichtiges Kalkül in der Präferenzordnung der Wähler darstellen und Nichtwahl nach sich ziehen können (vgl. Braun 2013: 166; Schmidt 2010a: 204).

nen in Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation und wird deshalb als zentrales theoretisches Gerüst in der vorliegenden Arbeit gewählt.<sup>24</sup> Das Querschnittsdesign klammert dabei die dynamischen Aspekte von Institutionen aus und betrachtet den „Ist-Zustand“ institutioneller Arrangements als „strukturierte, über Zeit robuste“ Handlungsrahmen (Shepsle 2006b), vor allem in Form von Regimetypen (vgl. Kapitel 2.3.3).<sup>25</sup>

Die relevanten politikökonomischen Studien lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Die erste Schule folgt einer klassischen Fragestellung der Public Choice-Denkshule (Olson 1965, 1982; Samuelson 1954): Wie werden individuelle Interessen zur Produktion von öffentlichen Gütern aggregiert? Die zweite Gruppe ist vor allem an Fragen der kollektiven Massenmobilisierung und dem Machterhalt autokratischer Regierungen interessiert. Sie kann unter dem Begriff „politisches Signaling“ zusammengefasst werden.

### *2.3.1.1. Regimetyp und die Produktion öffentlicher Güter*

Das Internet entspricht den Merkmalen von öffentlichen Gütern, die charakterisiert sind durch (1) Nichtteilbarkeit von Produktion und Konsum, (2) Nichtrivalität beim Konsum sowie die (3) Nichtausschließbarkeit des Konsums (Schmidt 2010b: 557). Sind grundlegende infrastrukturelle Schritte hin zu einem Ausbau der Internettechnologie unternommen, kommt die Nutzung einem wachsenden Teil der Bevölkerung zugute (Kondition 1 und 2) und kann nur unter Inkaufnahme bedeutender politischer und materieller Kosten eingeschränkt werden (Kondition 3), beispielsweise über die technologische Beschränkung von Inhalten.<sup>26</sup> Während der Ausbau der digitalen Infrastruktur eines Landes sowohl in

---

<sup>24</sup> Die relevanten Akteure und deren Präferenzen werden zu Beginn von Kapitel 2.4 eingeführt.

<sup>25</sup> Institutionen sind nicht nur exogene Handlungsrahmen, sondern unterliegen ebenfalls endogenen Aushandlungs- und Modifikationsprozessen (Shepsle 2006a). Der Zusammenhang zwischen Internet und dem endogenen institutionellen Wandel sollte in Anschlussstudien unter Inkorporation einer zeitlichen Perspektive untersucht werden.

<sup>26</sup> Die Entscheidung der amerikanischen Federal Communications Commission vom Februar 2015, in den USA das Prinzip der Netzneutralität zu verankern, wurde ebenfalls damit begründet, dass das Internet eine „public utility“ sei (vgl. Schünemann/Steiger/Stier 2015).

öffentlicher als auch in privatwirtschaftlicher Hand liegt, ist der Prozess dennoch überwiegend abhängig von grundlegenden wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, Infrastrukturförderung und Regulierungsstrukturen, die das politische System vorzeichnet (Milner 2006).

Bueno de Mesquita et al. (2003) präsentierten mit ihrer Selektoratstheorie ein Modell, das Politikergebnisse in verschiedenen politischen Regimen anhand zweier Variablen, dem „Selektorat“ und der „Winning Coalition“, erklärt. Die Konfigurationen dieser Gruppengrößen ziehen divergierende Policy-Ergebnisse nach sich. Demokratische Regierungen sind in ihrem Gestaltungsanspruch gemeinwohlorientiert und produzieren in starkem Maße öffentliche Güter. Demgegenüber ist die Winning Coalition in Autokratien klein, bestehend aus einer privilegierten Regimeelite, die private Güter akkumuliert. Je nach Regimetyp sind die privilegierten Insider dem Adel, dem Militär, der Regimepartei oder der herrschenden Clique eines Despoten angehörig.

Wintrob (1998, 2007) ökonomische Theorie der Diktatur zeichnet ein komplexes Bild autokratischer Überlebensstrategien. In Tinpot-Regimen, die mittlerweile empirisch wesentlich zahlreicher anzufinden sind als totalitäre Regime, orientieren sich die Herrscher an der Maximierung ihres materiellen Konsums. Wintrobe hebt die Bedeutung von Tauschmechanismen für den autokratischen Machterhalt hervor, speziell in Form des „loyalty premiums“, der Überbezahlung bedeutsamer Gruppen wie dem Militär. Dazu kommen repressive, an Regimegegner gerichtete Maßnahmen, die allerdings nicht zielgerichtet und angemessen eingesetzt werden können, da der Diktator anhand schwacher Rückkopplungsschleifen zur Bevölkerung in einer informationsarmen Umwelt regiert („Dictator's Dilemma“). Investitionen in öffentliche Güter sind in Tinpot-Regimen unterentwickelt; diese Herrscher überinvestieren in repressive Kapazitäten, da sie sich der Loyalität der Bevölkerung unsicher sind, und erkaufen sich die Gefolgschaft der Regimeeliten.

Weitere Autoren weisen, ähnlichen politökonomischen Argumentationspfaden folgend, die wohlfahrtsstaatlichen Effekte demokratischer Institutionenarrangements anhand eines breiten Bündels an Indikatoren nach (Deacon 2009;



Lake/Baum 2001). Die einheitlichen Forschungsergebnisse, die einen Demokratievorteil bei der Produktion von öffentlichen Gütern nachweisen, lassen vermuten, dass divergierende Regimelogiken auch bei der Förderung des Internets ihre Spuren hinterlassen. So gibt es beispielsweise Anhaltspunkte, dass der Ausbau der Internettechnologie in Nordkorea, wo das Netz eher einem isolierten Intranet entspricht, vor allem den Regimeeliten zu Gute kommt (Greitens 2013: 268; *The Economist* 2007).<sup>27</sup>

Die Limitationen der Güterproduktion in Nicht-Demokratien werden im Falle des Internets dadurch multipliziert, dass diese Technologie ein politisch besonders bedeutsames und potentiell machterodierendes öffentliches Gut darstellt. Das Internet kann nach Bueno de Mesquita und Koautoren als „Coordination Good“ klassifiziert werden, also öffentlichen Gütern, die der strategischen Koordination der Opposition dienen (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 80f.; Bueno de Mesquita/Smith 2009: 172). Vergleichbar argumentieren Acemoglu/Robinson (2000) bei der Herleitung ihrer „Hypothese der politischen Verlierer“. Demzufolge ist technologischer Wandel endogen mit politischen Institutionen und den Interessen von Eliten verknüpft: „It is therefore agents who have political power and fear losing it who will have incentives to block *technological progress*“ (Acemoglu/Robinson 2000: 126f., kursive Einfügung durch den Autor; vgl. Acemoglu/Robinson 2006a).

In diesem Sinne führten politikwissenschaftliche Studien den zunächst höheren Internetzugang in Demokratien auf die Präferenzen der politischen Eliten zurück (Corrales/Westhoff 2006; Milner 2006). Während sich das pluralistische Medium Internet in die demokratische Interessenvermittlung nahtlos einfügen sollte, lässt sich der Status Quo aus der Perspektive autokratischer Eliten am effizientesten bei der Konstitution des Kommunikationsraumes Internet sichern,

---

<sup>27</sup> Greitens (2013) empfiehlt den Internetzugang als mögliche Referenzgröße für die Vermessung des Selektorats von Regimen. Die Autorin schränkt dabei ein, dass es sich um eine spekulative Arbeitshypothese handelt. Die vorliegende Arbeit präsentiert konträre Evidenz und zeigt, dass die Nutzung des Internets in Autokratien nicht nur Eliten vorbehalten ist. Schon der hohe Internetzugang in den arabischen Monarchien, die sich durch ein kleines Selektorat auszeichnen, deutet auf komplexere Zusammenhänge hin.

an der sich nur selektiv ausgewählte Akteure beteiligen sollten: „Authoritarian states develop anti-internet preferences, and thus restrictive policies“ (Corrales/Westhoff 2006: 930). Als Kritik an diesen Ansätzen muss festgehalten werden, dass sie die Bedeutung der kleinen Gruppe der Regimeeliten für den Machterhalt autokratischer Herrscher überbetonen. Bereits bei einer Betrachtung der relativen Gruppengrößen erscheint die machtpolitische Marginalisierung der Bevölkerung verkürzt (Schmidt 2012a: 88).

### *2.3.1.2. Politisches Signaling*

Eine weitere Gruppe politökonomischer Ansätze schreibt der Bevölkerung bzw. „dem Druck von der Straße“ demgegenüber eine größere Rolle in autokratischen Machtkonstellationen zu. Vergleichbar zu Demokratien müssen autoritäre Herrscher ihre Kompetenz gegenüber ihren zunehmend besser informierten Bürgern beweisen, nicht zuletzt da sich autokratische Regierungen vermehrt Wahlen stellen. Diese Studien betrachten Kommunikationsakte und Informationsflüsse als wichtige Signalquellen in Interaktionskonstellationen zwischen Herrschern, Eliten und der Bevölkerung.

Die Beiträge von Kuran (1991) und Lohmann (1994) zeigten, dass externe Informationsquellen eine zunächst latente Unzufriedenheit der Bürger in sich rapide beschleunigende Informationskaskaden kanalisieren können. Änderungen der außenpolitischen Bedingungen, vor allem Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, und der Massenexodus von Bürgern hatten zur Folge, dass in den kommunistischen Regimen in Osteuropa und der DDR Probleme kollektiver Aktion (vgl. Olson 1965) und die Furcht vor Repression überwunden wurden, wie Lohmann (1994) in ihrer Untersuchung der Leipziger Montagsdemonstrationen eindrucksvoll zeigt. Dank zusätzlicher Informationen über die wahren Präferenzen der Mitbürger und die zu erwartenden Konsequenzen oppositionellen Handelns schlug die über Jahrzehnte ausgeübte „preference falsification“ (Kuran 1991; vgl. für das Internet Farrell 2012), d.h. die Unterdrückung der privaten politischen Meinung im öffentlichen Raum, rapide in Massenproteste um. Digitalen Medien wurde im Kontext von Massenmobilisierungen, gerade im Arabi-

schen Frühling, eine Kaskadenfunktion zugeschrieben (Howard/Hussain 2011; Hussain/Howard 2013; Tudoroiu 2014; Tufekci/Wilson 2012).

Gleichwohl zeigten Edmond (2013) und Little (2016, i.E.), dass das Internet nur dann die politische Mobilisierung gegen eine autokratische Regierung befördert, wenn eine hinreichende Signalpräzision oppositioneller Inhalte gegeben ist. Angesichts von Propaganda und pro-Regime-Inhalten stelle es eine Herausforderung für die Bürger dar, aus den Informationsflüssen des Internets herauszufiltern, „whether the regime is more or less popular than commonly known and whether the source of information has more or less proregime bias than commonly thought“ (Little 2016, i.E.: 153). Darüber hinaus können Regierungen die Zahl der Informationsquellen manipulieren und so eine Abwahl oder einen extrakonstitutionellen Sturz abwenden (Edmond 2013).<sup>28</sup>

Schließlich stellt die über die bloße Protestmobilisierung hinausgehende „informational theory of dictatorship“ von Guriev/Treisman (2015a, 2015b) ein ganzheitliches Modell der informationellen Rahmenbedingungen autokratischer Herrschaft im 21. Jahrhundert dar:

„The totalitarian tyrants of the past used mass violence, ideological indoctrination, and closed borders to monopolize power. In a world of economic interdependence and modern communications technology, many authoritarian leaders choose a different strategy – that of manipulating information to convince the public that they are doing a good job.“ (Guriev/Treisman 2015a: 32)

Autokratische Regierungen setzen zur Informationsmanipulation auf Propaganda, im Internet distribuiert durch Regierungen, Regierungsparteien oder affiliiert-

---

<sup>28</sup> Die größte Gefahr für autokratische Regierungen seien Social Media-Formate, die sich aufgrund ihres dezentralisierten Charakters am ehesten der Manipulation entziehen (Edmond 2013). Deshalb sind soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter in China, Iran und zeitweise in der Türkei gesperrt. In einigen Fällen löschten die Betreiber zudem auf Anfrage von Regierungen spezifische Inhalte (Howard/Hussain 2011: 46f.).

te Akteure wie der „50 Cent Partei“ in China,<sup>29</sup> und Zensur, wie der Sperrung bestimmter Inhalte oder Hackerangriffen auf oppositionelle Websites (Guriev/Treisman 2015a: 4). Während die Elite über die Kompetenz des Herrschers vollständig informiert ist, bestimmen Propaganda und Zensur die Wahrnehmung der Regierungsperformanz durch die Bürger („general public“). Potentielle Dissidenten innerhalb autokratischer Eliten treffen ihre strategische Entscheidung, ob sie sich der Opposition anschließen, ebenfalls unter dem informationellen Gesichtspunkt, ob das Volk von der Inkompetenz des Diktators überzeugt werden könne (Guriev/Treisman 2015a: 3).<sup>30</sup>

In einem solchen Verständnis autoritärer Herrschaft ist die Bevölkerung die zentrale Bezugsgröße autokratischer Politik, da eine massenmobilisierte Revolution die schwerwiegendste Bedrohung für autokratische Regierungen darstelle. Obwohl nicht explizit modelliert, können Wahlen eine unterstützende Signalfunktion einnehmen, indem den Herrschern weithin öffentlich sichtbar durch das Volk Kompetenz zugesprochen wird. Die informationsbasierte Diktatur setzt harte Repression nur als allerletztes Mittel ein, denn physische Gewalt offenbart, wie auch ökonomische Schocks, die Inkompetenz der Regierung (Guriev/Treisman 2015a: 32f.).

Die Autoren geben allerdings zu bedenken, dass „the survival strategies we formalize are more compatible with a modernized society than totalitarian ones or those of monarchs who rely on traditional legitimacy“ (Guriev/Treisman 2015a: 33). Die limitierte Erklärungskraft der „information-based dictatorship“ wird über weitere Theorieschulen, vor allem institutionalistische Ansätze, aufgefangen (vgl. Kapitel 2.3.3).

---

<sup>29</sup> So werden in China Internetnutzer bezeichnet, die das Internet gegen Bezahlung mit regierungstreuen Kommentaren überfluten (King/Pan/Roberts 2013).

<sup>30</sup> Die Modellannahmen von Guriev/Treisman (2015a) beziehen sich auf Regimewechsel, im Gegensatz zu beispielsweise Svoboda (2012), der auf autoritäre Führungswechsel fokussiert.

### 2.3.2. *Autoritäre Deliberation*

Die diskutierten politikökonomischen Studien konzeptualisieren politische Kommunikation aber überwiegend als propagandistische Einbahnstraße von der Regierung zur Bevölkerung. Prinzipiell unterscheidet sich diese Kommunikationskonstellation aber lediglich in der medialen Form von traditionellen, vertikalen Formaten der Politikvermittlung. Neben propagandistischen Funktionen kann das Internet indes auch die notorisch unterentwickelte Input-Dimension in Autokratien stärken. Laut Scharpf lässt sich Input-Legitimation generieren, wenn politische Entscheidungen „von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft abgeleitet werden können“ (Scharpf 1999: 16). Lambach/Göbel formulieren in Hinblick auf Autokratien:

„Responsives Verhalten besteht kurzfristig darin, gesellschaftliche Forderungen zu erfüllen oder zumindest den Protest zu beschwichtigen, und langfristig (1) Institutionen zu schaffen, die derartige Unzufriedenheit einfangen und kanalisieren, und (2) Diskurse zu steuern, um die Entstehung und Formulierung der entsprechenden *demands* zu verhindern. Responsivität bedarf also einer gewissen Flexibilität und Lernbereitschaft des Regimes.“ (Lambach/Göbel 2010: 79; Hervorhebung im Original)

Um die informationelle Rolle des Internets in Autokratien weiter zu ergründen, lässt sich an den im Entstehen befindlichen Literaturstrang zur „autoritären Deliberation“ anknüpfen. Politische Deliberationsprozesse, z.B. vermittelt über eine kritische Öffentlichkeit (Habermas 1962), werden vor allem Demokratien zugeschrieben, während gerade die öffentliche Politikverhandlung das Puzzleteil zu sein scheint, das autokratischen Performanzstrategien fehlt:

„Even if a despot is benevolent, how does he or she know, in the absence of a free press and formal procedures such as elections that reveal preferences, what the common interest is?“ (Fukuyama 2012: 19)

Doch im Zuge der feingliedrigen Betrachtung autoritärer Herrschaftsmechanismen seit den 2000er-Jahren werden zunehmend deliberative Elemente identifi-

ziert. He/Warren (2011) verstehen darunter eine Institutionalisierung über (lokale) Wahlen, Konsultationen mit Bürgern, Bürgerrechte, freie Medien, das Internet, Transparenzinitiativen der Regierung oder eine wachsende Dichte an zivilgesellschaftlichen Organisationen. In ihrer Studie der Volksrepublik China kommen sie zum Schluss, dass deliberative Politikformen „functional needs for cooperation and legitimacy“ erfüllen (He/Warren 2011: 270). Dies steht im Widerspruch zu Bueno de Mesquita/Downs (2005) Konzept der „Coordination Goods“. Die neue Literatur ist sich aber darin einig, dass die Risiken für die autokratische Regimestabilität durch das kontrollierte Management dieser Instrumente eindämmbar seien.

Lorentzens (2014) formales Modell demonstriert, dass Autokratien eine gewisse Medienfreiheit zulassen, um dank des Watchdog-Journalismus die Korruption einzudämmen und die administrative Performanz zu stimulieren. Analog hierzu identifizieren Egorov/Guriev/Sonin (2009) eine erhebliche Variation der Pressefreiheit innerhalb ölfördernder autokratischer Regime im Zeitverlauf. Bei sinkenden Ölreserven und -preisen stehe der Regierung weniger freie Distributionsmasse zur Verfügung. Daher werde der Presse temporär eine größere Freiheit gewährt, um über eine verbesserte Policy-Performanz Rückhalt im Volk zu erzeugen. Auch die Zahl der Internetnutzer fördert die Qualität der Regierungsführung (Khazaeli/Stockemer 2013), wenngleich die Wirkmechanismen hinter dieser Korrelation unklar bleiben. Einige Studien führen aber mögliche kausale Mechanismen an.

King/Pan/Roberts (2013, 2014) zeigen, dass die chinesische Internetsensur vor allem dazu dient, die taktische kollektive Koordination (vgl. Little 2016, i.E.) und deren Ausdruck in Offline-Protesten zu unterdrücken, während überraschend große Spielräume hinsichtlich der Regierungskritik bestehen. Auf diese Weise gewinnt die Regierung „effective measures of the views of the populace about specific public policies and experiences with the many parts of Chinese government and the performance of public officials“ (King/Pan/Roberts 2013: 339f.). Truex (2014) befragte die Nutzer eines Online-Konsultationsportals der chinesischen Regierung und zeigt, dass durch diesen „Consultative Authoritarianism“

die Zufriedenheit mit dem Regime erhöht wurde.<sup>31</sup> Chen/Xu (2014) identifizieren einen Mix aus vertikalen und horizontalen Deliberationselementen in China, die dazu dienen, die Präferenzen der Bevölkerung aufzuzeigen. Foren zur horizontalen Kommunikation für die Bürger bringen den zusätzlichen Vorteil, dass Bürger von kollektiver Aktion abgehalten werden, wenn ihnen Divergenzen zwischen eigenen Einstellungen gegenüber der Regierung und denen ihrer Mitbürger augenscheinlich werden. Analog zu den Ergebnissen von King/Pan/Roberts (2013, 2014) gestattet die chinesische Regierung die horizontale Deliberation nur in politischen Themenbereichen, in denen keine kollektive Interessenhomogenität auf Seiten der Bürger zu erwarten ist. Göbel (2015a) legt anhand einer chinesischen Online-Petitionsplattform dar, dass internetbasierte Kommunikation Feedback generiert, eine Evaluation des bürokratischen Handelns ermöglicht und darüber hinaus durch die Beantwortung und versprochene Adressierung der Beschwerden Responsivität demonstriert wird. Auch Fukuyama diskutiert die regimestützende Funktion von politischer Online-Kommunikation in China:

„One can look at this cynically and say that the government is letting people blow off just enough steam to protect its own power and privileges; or one can regard it as a form of democratic mimicry by which rulers seek to be responsive to public opinion.“ (Fukuyama 2012: 22)

Diese verschiedenen deliberativen Elemente scheinen tatsächlich ökonomische Stimuli zu entfalten. Chandra/Rudra (2015) zeigen, dass politische Deliberationsprozesse sogar eine präzisere Determinante des Wirtschaftswachstums sind als der Regimetyp. Gerade die Variation in der Deliberationsoffenheit autokratischer Regime erklärt die enorme Streuung der Wachstumsraten innerhalb dieser Regimegruppe. Die strategische Lösung des autokratischen Performanzdilemmas inkorporiert daher deliberative Elemente und die mit ihnen einhergehenden Risi-

---

<sup>31</sup> Der Autor verweist aber auch auf erhebliche öffentliche Erwartungen und Demokratisierungsrisiken, die mit derartigen Liberalisierungsformen einhergehen können.

ken: „Unlike in democracies, whether to allow citizens to speak out their preferences is a strategic choice of the government“ (Chen/Xu 2014: 3).

Ein Manko dieser Literatur ist der enge Fokus auf China. Die Ansätze wurden noch nicht auf global beobachtbare Internetformate übertragen und vor allem nicht operationalisiert und ländervergleichend empirisch getestet. Die autoritäre Deliberation soll hier nicht mit offenen Diskursen in demokratischen Gesellschaften gleichgestellt werden. Autokratien intendieren, „spontane öffentliche Meinungen zu kontrollieren und zu unterdrücken“ (Habermas 2008: 161). In Einklang mit den rationalen Akteursannahmen der Arbeit unterstreicht diese Literatur aber, dass autoritäre Regierungen intentional (limitierte) Spielräume im Internet für die Aktivitäten parteipolitischer und zivilgesellschaftlicher Akteure offenlassen. Auch Greitens argumentiert dahingehend:

„But some variation *is* overtly political. It exists because, just as authoritarian regimes have a say in whether opposition parties are allowed to compete at the polls, they have a strong interest, voice, and capability when it comes to shaping the 'online opportunity structures' within which dissidents can criticize, organize, and mobilize others. If technology has had a more limited effect on empowerment in some places, it may be because the authorities in those regimes want it that way.“ (Greitens 2013: 263; Hervorhebung im Original)

Ähnliche Argumente hinsichtlich der strategischen Anpassungsfähigkeit autokratischer Regime sind auch in institutionalistischen Theorien vorgebracht worden, denen sich die Autoritarismusforschung in den vergangenen Dekaden vermehrt zugewandt hat.

### 2.3.3. *Institutionalistische Ansätze*

Zur Ordnung der institutionalistischen Literatur wurden verschiedene Klassifikationen vorgestellt, wie z.B. „new and old institutionalism“, historischer, kultureller, soziologischer oder Rational-Choice-Institutionalismus (vgl. Beyme 2006; Hall/Taylor 1996; March/Olsen 1989, 2006; Rhodes/Binder/Rockman 2006b).



Die einflussreichsten institutionalistischen Arbeiten in der Autokratieforschung sind verknüpft mit Annahmen rationalen Akteursverhaltens (u.a. Acemoglu/Robinson 2006b; Gandhi 2008; Gandhi/Przeworski 2007; Geddes 1999; Magaloni 2006; Svobik 2012). Der politikwissenschaftliche Mehrwert des methodologischen Individualismus liegt darin, dass er eine Verbindung zwischen Makro- und Mikroebene herstellt (Braun 2013: 182) und so kausale Mechanismen, die Korrelationen auf der Länderebene zugrunde liegen, unter Zuhilfenahme sparsamer Grundannahmen erklärt.

Es können zwei Wirkrichtungen autokratischer Institutionenarrangements bzw. „zwei separate, gleichwohl verbundene Arenen“ (Styckow 2012: 240) differenziert werden (Magaloni/Kricheli 2010; Styckow 2012; Svobik 2012). Die zwei Publika autokratischer Politik sind deckungsgleich mit den primären Gefahrenquellen für autokratische Herrscher (Geddes 1999; Svobik 2012): zum einen Eliten und regimieinterne Gruppen, zum anderen die Bevölkerung. Viele Beiträge der institutionalistischen Autokratieforschung legen eine elitenzentrierte Schablone an (vgl. Gandhi 2008; Gandhi/Lust-Okar 2009; Magaloni 2006), indem die Patronage-Funktion von „formal-demokratischen“ Institutionen, d.h. der Kauf von Zustimmung durch die zielgerichtete Distribution von Staatsressourcen zugunsten bestimmter Gruppen, betont wird. Wahlen und Parteien dienen in dieser Ansicht vor allem der Organisation neopatrimonialer und klientelistischer Beziehungsverhältnisse (Lust-Okar 2006; Magaloni 2006; Soest 2013). Der zahlenmäßig größeren Nachfrageseite von Policy und Politics, den Bürgern, wird in dieser Denkschablone eine untergeordnete Relevanz zugesprochen (kritisch: Kailitz/Köllner 2012; Schmidt 2012a: 88). Doch gerade das Internet als Massenmedium verändert das Verhältnis zwischen autokratischen Regierungen und den Bürgern nachhaltig (Howard 2010: 104). Allerdings manifestieren sich die zu untersuchenden Prozesse als unstrukturierte kommunikative Akte und werden

von dem an simplen, beobachtbaren Phänomenen orientierten Institutionalismus häufig vernachlässigt.<sup>32</sup>

Ein verengter, elitenzentrierter Blick vernachlässigt vor allem die kommunikativen Dynamiken von Wahlen in Autokratien. Warum werden für inrauelitäre Verhandlungsprozesse anstatt informeller Institutionen die Foren von Wahlen und Parteien gewählt, die politische Friktionen an eine breitere Öffentlichkeit tragen? Warum werden von Amtsinhabern signifikante Risiken in Kauf genommen, ausgedrückt durch Regierungswechsel im elektoralen Autoritarismus? Die Forschung schreibt Wahlen eine tatsächliche Relevanz zu, dennoch gibt es kaum Forschung zu autoritären *Wahlkämpfen*. Zur Beantwortung dieser Fragen sollte die prozessuale Komponente von autoritären Wahlen stärker in den Blick genommen werden. Im Folgenden werden anknüpfungsfähige institutionalistische Ansätze diskutiert, die Implikationen für die *Politics*-Dimension in Autokratien aufzeigen.<sup>33</sup>

Wahlen und Wahlkämpfe fungieren als Signalquellen für die Regierung, die Regimeeliten, die Opposition und die Wähler (Cox 2009: 3; Little 2014; Miguel/Jamal/Tessler 2015; Miller 2015; Simpsen 2013; Stykow 2012):

„First, I do not assume that autocrats conduct fair elections. Thus, elections are informative, not because of their reported results, but because they provide an opportunity for the two sides to observe each other mobilizing their respective supporters. When multi-party competition is legal, the two sides can observe each other’s campaign rallies. Even in one-party regimes, however, both sides can observe that the autocrat’s rallies are poorly attended, or that illegal protests of various kinds occur, or that the numbers going to the polls on election day appear to be low.“ (Cox 2009: 27)

<sup>32</sup> Pepinsky spricht in seiner kritischen Bestandsaufnahme von „surface’ politics at the expense of ‘deep’ politics“ (Pepinsky 2014: 650).

<sup>33</sup> Der folgende Abriss der zentralen Argumentationspfade erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So wird die Literatur zu den Policy-Implikationen formal-demokratischer Institutionen weitgehend ausgeblendet. Vgl. für ausführliche Literaturdiskussionen: Gandhi/Lust-Okar 2009; Kailitz/Köllner 2012; Magaloni/Kricheli 2010.

Elektorale Mehrheiten können Legitimationszugewinne zugunsten autokratischer Regierungen generieren (Linz 2009; Schedler 2002), allerdings nur unter Gewährung signifikanter Konzessionen an die Opposition. Ein Mindestmaß an „struktureller Ambivalenz“, dem „balancing between electoral control and electoral credibility“ (Schedler 2002: 37), sollte gegeben sein, damit Wahlen weithin öffentlich Wirkung erzielen können (Magaloni 2006).<sup>34</sup> Je unfreier Wahlen sind, desto weniger werden deren Ergebnisse anerkannt, was im Extremfall in Massenprotesten und einer Blockade des politischen Systems münden kann, wie in den „farbigen Revolutionen“ in Osteuropa (Tucker 2007). Unter anderem reduziert die Vereinnahmung der Medien die Glaubwürdigkeit von Wahlen. Es besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen einer Wahl in Kasachstan, die durch Präsident Nasarbajew mit 95% der Stimmen gewonnen wurde und den Wahlsiegen von Hugo Chávez mit 62% der Stimmen in der venezolanischen Präsidentschaftswahl 2006 sowie mit 55% der Stimmen im Jahr 2012. Während Nasarbajew seine Macht überwiegend durch Repression sichert, konnte Chávez während seiner Zeit als Präsident eine außerordentliche Popularität und – von der Opposition anerkannte – elektorale Triumphe aufweisen. Wenn das Kalkül wie in diesem Falle aufgeht, kann sich eine Autokratie trotz oder gerade dank eines gewissen Pluralismus behaupten:

„Diese Kooptation sichert, dass Teile der Opposition nicht nur als Regimegegner auftreten, sondern durch ihre – anlässlich von Wahlen demonstrierte – Duldung auch regimestützende Funktionen erfüllen: Mit ihrer Tolerierung kann das Regime seine Legitimität verbessern; es nutzt sie zur Kanalisierung von Unzufriedenheit wie auch zur (klientelistischen) Integration weiterer sozialer Gruppen (Albrecht 2005, S. 390-393). Auch damit sinkt das Risiko,

---

<sup>34</sup> Simpsen (2013) widerspricht diesem impliziten Konsens in der Literatur und zeigt, dass Amtsinhaber häufig weit über das notwendige Maß hinaus Wahlen manipulieren. Dies diene dazu, Stärke zu demonstrieren und potentielle Regimegegner zu entmutigen. Simpsen entdeckt dieses Muster zwar in sämtlichen Autokratien, auch den kompetitiven autoritären Regimen klassifiziert nach Levitsky/Way (2010). Am auffälligsten werden Wahlen jedoch in geschlossen autoritären Regimen mit einer klar hegemonialen Partei manipuliert (Simpser 2013: 22).

dass die regierenden Eliten gewaltsam gestürzt werden, da Wahlen latent als alternativer Mechanismus des Machtwechsels angeboten werden.“ (Stykw 2012: 259f.; Zitation bezieht sich auf Albrecht 2005)

In Anlehnung an Hirschmans (1970) organisationssoziologisches Modell kann es im Sinne des Machterhalts für die Regierung von Vorteil sein, den Bürgern und oppositionellen Interessen *Voice* zuzugestehen, um deren psychischen und/oder physischen *Exit* aus dem politischen System zu verhindern. Eine latente Unzufriedenheit, die vom Regime nicht erfasst wird (Wintrobe 1998) führt zu einer schleichenden Erosion der Herrschaftsbasis.

Meist ist es eine Mischung aus intentionalen Institutionendesigns und der politischen Schwäche autokratischer Regierungen, die eine konstitutionelle und institutionelle parteipolitische Öffnung bedingt. Wie prekär die Stellung autokratischer Regierungen in elektoral-kompetitiven Regimen sein kann, zeigt sich wiederum in Venezuela nach dem Tod von Chávez. Nicolás Maduro konnte in der Präsidentschaftswahl 2013 nur einen knappen und umstrittenen Wahlsieg sichern und befindet sich seither – auch aufgrund der wirtschaftlichen Schieflage des Landes – in einem permanenten politischen Belagerungszustand durch große Teile der Bevölkerung, die Opposition und die westlich dominierte internationale Staatengemeinschaft. Tatsächlich sind Wahlen gefährlicher für Amtsinhaber und die Zahl der Regierungswechsel größer als von der Kooptationsliteratur angenommen (Bunce/Wolchik 2010; Cox 2009; Howard/Roessler 2006; Lueders/Croissant 2014). Dies deutet darauf hin, dass sich das Wahlvolk empfänglich für oppositionelle Überzeugungsstrategien zeigt. Formal-demokratische Institutionen in Autokratien ziehen also pluralistische, öffentliche Verhandlungsprozesse nach sich und sind nicht lediglich als Instrumente des institutionalisierten Gütertransfers anzusehen.

Die institutionellen Begebenheiten strukturieren auch den Einsatz des Internets durch politische Akteure. Anstead/Chadwick beobachten in ihrer institutionenzentrierten Diskussion des E-Campaigning:

„The internet may reconfigure or reduce opportunity costs but it does not destroy them. The benefits political actors are able to derive are thus strongly influenced by the institutional environment (March and Olsen, 1989).“ (Anstead/Chadwick 2008: 57; Zitation bezieht sich auf March/Olsen 1989)

Diese jüngeren Erkenntnisse zur Funktion elektoraler Institutionen in Autokratien bestätigen die Grundannahmen des Modells der informationsbasierten Diktatur (Guriev/Treisman 2015a). Politökonomische Ansätze geraten allerdings an ihre Grenzen, wenn autokratische Regimesubtypen systematisch von den als uniform konzeptualisierten Akteurskonstellationen abweichen. Hier kann der zweite Schwerpunkt der institutionalistischen Autokratienschule (neben der Forschung zu formal-demokratischen Institutionen) aushelfen. Aufbauend auf die wegweisende Arbeit und den Datensatz von Geddes (1999) fokussierte die vergleichende Regimeforschung auf die Persistenz und Performanz verschiedener Formen autoritärer Herrschaft (Croissant/Wurster 2013). Auch die Gelegenheitsbedingungen für politische Akteure in der informationsbasierten Diktatur sind nur vor dem Hintergrund institutioneller Variationen zu verstehen.

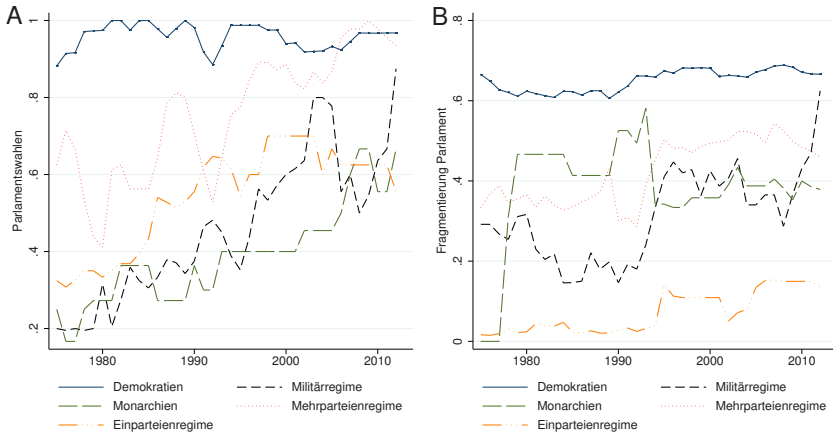
Abbildung 2.3, Grafik A zeigt die konstitutionelle Verankerung von Parlamentswahlen in autokratischen Regimesubtypen.<sup>35</sup> 2012 wiesen 93% der Mehrparteienregime, 88% der Militärregime, 67% der Monarchien und 56% der Einparteienregime Parlamentswahlen auf. Seit Beginn der Datenerhebung wurden in allen autokratischen Regimesubtypen in steigendem Maße formal-demokratische Institutionen installiert. Diese Entwicklung war auch mit Zugewinnen an Parla-

---

<sup>35</sup>

Die Inkonsistenz, dass eine kleine Zahl an Demokratien keine Parlamentswahlen aufweist, ist mit den uneinheitlichen Kodierregeln der beiden Datenquellen zu erklären. Neben unterschiedlichen Konzeptualisierungen ist vor allem der Kodierzeitpunkt ursächlich. Magaloni/Chu/Min (2013) schreiben einem country-year den Regimetyp zu, der in der Mehrzahl der Tage eines Jahres vorherrschte, während die Institutionen in der *Database of Political Institutions* (DPI, Beck et al. 2001) am 1. Januar eines Jahres kodiert werden. In der Transitionsphase nach 1990 sind die Diskrepanzen am größten.

**Abbildung 2.3:** Regimetyp, Parlamentswahlen und Fragmentierung im Parlament



Anmerkung: Daten aus Beck et al. 2001; Magaloni/Chu/Min 2013.

mentssitzen durch Oppositionspartien verbunden, abgebildet anhand der parteipolitischen Fragmentierung der Legislative (Grafik B).<sup>36</sup>

Monarchien und Einparteienregime, die auch die verbliebenen kommunistischen Regime umfassen, fallen in beiden Indikatoren in Abbildung 2.3 ab. Guriev/Treisman selbst schränken ein, dass ihr Modell der informationsbasierten Diktatur nicht auf alle autokratischen Regimesubtypen in gleichem Maße zutref-

<sup>36</sup>

Variable FRAC in der DPI, operationalisiert als die Wahrscheinlichkeit, dass zwei zufällig selektierte Parlamentsmitglieder unterschiedlichen Parteien angehören.

fe, insbesondere nicht auf totalitäre oder monarchische Regime (Guriev/Treisman 2015a: 33).<sup>37</sup>

Die totalitären Herrschaftsformen manifestieren sich empirisch in Form der kommunistischen Regime in China, Kuba, Laos, Nordkorea und Vietnam. Eine Säule kommunistischer Herrschaft ist das Kommunikationsmonopol in der Hand der Staatspartei (Arendt 1951; Friedrich/Brzezinski 1965). In kommunistischen Regimen der Gegenwart werden weiterhin ideologische Denkschablonen zur Herrschaftsbegründung herangezogen (vgl. die Beiträge in Backes/Kailitz 2014). Unterstützung für das Regime wird nicht anhand der Aufrechterhaltung eines Scheinwettbewerbs bei gleichzeitiger Diskreditierung der Opposition generiert,<sup>38</sup> sondern durch eine „monistische“ Herrschaftskonzeption, die den politischen Wettbewerb als ineffizient abwertet (Kailitz 2013: 47). Allerdings zeigen sich diese Regime, vor allem China und Vietnam, marktwirtschaftlich anpassungsfähig, auch in einem ausgeweiteten digitalen Informationsumfeld (Kalathil/Boas 2003; Kluver 2005). Interaktionsarenen zwischen Regierenden und Regierten werden tendenziell aus-, starre totalitäre Herrschaftselemente abgebaut (vgl. He/Warren 2011; Kapitel 2.3.2).<sup>39</sup>

Am erklärungschwächsten erweist sich das Modell im politischen Umfeld von Monarchien. Der Monarch fundiert seine Herrschaft nicht auf der Bestätigung durch und Interaktion mit dem Volk, sondern auf „supra-politischen“ Legitimationsquellen, die ein „God-given, natural or at least established historical

---

<sup>37</sup> Neben den elektoral legitimierten Mehrparteiregimen weisen auch Militärregime eine beachtliche formal-demokratische Institutionalisierung auf. Geddes/Frantz/Wright (2014) zeigen, dass Wahlen Militärregimen als institutionalisierte Mechanismen des Machttransfers zu Zivilregierungen dienen, wie jüngst zu beobachten in Ägypten 2014. Die intensiven Bemühungen um die Informationshoheit während der Militärherrschaft (Kenner 2013) und auch nach der Transition zu einer Zivilregierung mit dem Ex-General Sisi als Präsidenten (Youssef 2015) illustrieren, dass informationsbasierte Mechanismen auch unter militärischer Herrschaft von hoher Relevanz sind.

<sup>38</sup> Guriev/Treisman (2015a: 2) unterscheiden zwischen den Formen subtiler Informationsmanipulation der Diktatoren im 21. Jahrhundert und der totalitären Propaganda mit dem Ziel „to re-engineer human souls“. China ist in der Mitte dieser beiden Pole zu verorten.

<sup>39</sup> Allerdings kann Nordkorea trotz eines Führungswechsels geradezu als Idealtypus einer geschlossenen Autokratie betrachtet werden.

right to rule“ (Kailitz 2013: 48) begründen. Die nicht-aristokratischen Bürger werden über religiöse Werte, Traditionen und nicht zuletzt Gütertransfers zufrieden gestellt (Menaldo 2012: 711). Derart kooptiert erscheint die Bevölkerung als vernachlässigbarer Machtfaktor. Hinzu kommen systematische Verzerrungen durch die Konzentration der weltweiten Erdölvorkommen im Nahen Osten, wo die Monarchie der dominierende Regimtyp ist. Die Verfügbarkeit externer Ressourcen ist ein wichtiger Bedingungsfaktor für die Dauerhaftigkeit monarchischer Herrschaft (Bank/Richter/Sunik 2015; Richter 2010). Diese Form autoritärer Herrschaft basiert also vor allem auf Kooptation, weniger auf informationsbasierten Überzeugungsstrategien.

Die institutionellen Begebenheiten in autokratischen Subtypen sollten sich auch in verschiedenartigen Online-Opportunitätsstrukturen äußern. Die zu erwartenden Variationen werden in den fünf Empiriekapiteln theoretisch diskutiert und in den empirischen Modellen berücksichtigt, indem Regimevariablen aufgenommen werden.

Das folgende Kapitel dient dazu, auf Basis des theoretischen Unterbaus Hypothesen zu Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation im Demokratie-Autokratie-Vergleich aufzustellen.

## **2.4. Regimtyp und Internet**

Um den Zusammenhang zwischen Regimtyp und Internet ergründen zu können, müssen die Klassifikationskriterien für politische Regime definiert werden. Ein Regime wird hier als demokratisch bezeichnet, wenn (1) eine zivile Regierung die zentrale Quelle der Politikgestaltung ist; (2) mehrere kompetitive Parteien existieren, die in einer Legislative miteinander interagieren und Gesetze beschließen; (3) die Exekutive durch institutionelle Beschränkungen gebunden ist; (4) die politische Führung in offenen, kompetitiven, freien und fairen Wahlen bestimmt wird (Magaloni/Chu/Min 2013: 6; Übersetzung des Autors).<sup>40</sup> Politi-

---

<sup>40</sup> Vgl. Kapitel 3.2.2 zu verschiedenen Demokratiekonzeptionen und deren Operationalisierung.



sche Institutionenordnungen, die diese Kriterien verletzen, werden als autokratisch klassifiziert. Im Gegensatz zu demokratischen Gemeinwesen folgen Herrschaftsausübung, Herrschaftszugang und Elitenselektion in Autokratien keinen pluralistischen, für alle Bürger offenen und transparenten Regeln. Demgegenüber sind nicht-demokratische Regime charakterisiert durch variierende Herrschaftsicherungsstrategien (Brooker 2009; Geddes 1999; Gerschewski 2013; Kailitz 2013; Linz 2009).

Die Differenzierung verschiedener politischer Akteure ist eine zwingende konzeptionelle Festlegung bei der Untersuchung von Autokratien, gerade bei Anlegung einer politökonomischen Schablone. Die folgende Theoriebildung setzt eigennutzenorientierte Akteure und ein rationales machtpolitisches Verhalten voraus (vgl. Kapitel 2.3.1; Acemoglu/Robinson 2006b; Bueno de Mesquita et al. 2003; Olson 1993; Wintrobe 1998). Die Akteure werden aber nicht als strikt utilitaristische Nutzenmaximierer konzeptualisiert, sondern in den Kontext eingebettet, in dem sie agieren. So können die jeweiligen Vorzüge der politökonomischen und institutionalistischen Schulen kombiniert und gegenwartsnahe Annahmen bezüglich des Akteursverhaltens abgeleitet werden:

„Even a blatant nostalgia for the older institutionalism can lead only to half a comparative analysis when it excludes the other half of the individual behavior of actors. Neoinstitutionalism cannot substitute for the behavioral and the rational choice revolts, but can only correct their theoretical and methodological exaggerations.“ (Beyme 2006: 756)

Die Akteurskonstellation wird modifiziert an das Modell von Guriev/Treisman (2015a) angelehnt. Unterschieden werden die Regierung als „Quelle der Politikgestaltung“ (Magaloni/Chu/Min 2013: 6), die Opposition sowie die Bevölkerung. Als Regierung wird der Kreis der zentralen Entscheidungsträger definiert (Bueno de Mesquita et al. 2003: 38f.).<sup>41</sup> Diese Herrschergruppe variiert in Auto-

---

<sup>41</sup> In englischsprachigen Beiträgen, speziell in der politischen Ökonomie, meist als „the dictator“ oder „the autocrat“ bezeichnet.

kratien und kann die Junta eines Militärregimes, die Parteiführung eines Parteienregimes oder ein Monarch (und seine Berater) sein.<sup>42</sup> Die Präferenzbildung der Regierung ist primär am Machterhalt orientiert, der die Nutzenmaximierung der Beteiligten garantiert (Acemoglu/Robinson 2006b; Olson 1993). Die Opposition strebt nach dem Machtgewinn und somit der Ablösung der Regierung. Die Bevölkerung richtet ihre Forderungen nach materiellem und physischem Wohlergehen an die Regierung. Ihre Handlungspräferenzen werden allerdings von Propaganda- und Zensurmaßnahmen der Regierung beeinflusst (Gurieff/Treisman 2015a). Für die Regierung und die Opposition ist die Kompetenz, die ihnen durch die Bürger zugesprochen wird, der zentrale Bestimmungsfaktor für den Machterhalt bzw. -gewinn. Im Internet wird um deren Gunst in den Dimensionen E-Government und E-Campaigning geworben. Die Bevölkerung selbst kann Informationsdilemmata reduzieren, indem sie das Netz zur Informationsdistribution und Selbstorganisation nutzt (E-Activism).<sup>43</sup>

Welche theoretischen Erwartungen und Hypothesen lassen sich zu Netzpolitik und politischer Online-Kommunikation im Demokratie-Autokratie-Vergleich aufstellen? Der Forschungsstand, auf den zur Beantwortung dieser Frage aufgebaut werden kann, ist quantitativ und qualitativ heterogen. Zum Internetzugang und der Internetfreiheit wurde rege publiziert, wenngleich sich immer noch große Lücken in Hinblick auf die empirische Analyse und den Demokratie-Autokratie-Vergleich auftun. Ein erheblicher makro-quantitativer Forschungsbedarf besteht zu den Dimensionen E-Government, E-Campaigning und E-Activism. Vor diesem Hintergrund wird in der Hypothesenbildung überwiegend

---

<sup>42</sup> Aus Gründen konzeptioneller Einheitlichkeit werden auch monarchische Herrscher unter der Kategorie Regierung subsumiert. Monarchen partizipieren zwar nicht direkt an Regierungen, diese sind in monarchischen Autokratien aber weisungsgebunden.

<sup>43</sup> Den Regimeeliten als – auch aus Informationsgesichtspunkten – privilegierte Gruppe kommt in vielen Ansätzen eine prominenter Rolle zu als in der vorliegenden Arbeit, die Online-Angebote untersucht, die sich vorrangig an die Bevölkerung richten und weniger der Eliten-Kooptation dienen. Die Regimeeliten sind hier entweder Teil der Regierung, ihrer Bürokratie oder mit ihr assoziierter Parteien oder sie schließen sich bei einem höheren individuellen Nutzen der Opposition an (vgl. Gurieff/Treisman 2015a).

an den zuvor diskutierten theoretischen Unterbau aus der vergleichenden Regimeforschung angeknüpft.

#### 2.4.1. *Regimotyp und Netzpolitik*

Technikoptimistische Sichtweisen zur demokratisierenden Wirkung des neuen Mediums übersehen häufig die *conditio sine qua non*, dass der Kommunikationsraum Internet zunächst konstituiert werden muss. Damit das Internet überhaupt einen kommunikationsstrategischen Mehrwert für politische Akteure erzeugen kann, muss ein signifikanter Teil der Bevölkerung Zugang zu eben diesem Kommunikationsraum haben. Wenn die Kostenkalkulationen autokratischer Regierungen zu internetfeindlichen Präferenzen führen, könnte gerade über die Internetinfrastruktur, wo die physische Kontrolle des Staates am deutlichsten zu Tage tritt, der Personenkreis der Begünstigten effektiv begrenzt und ausgewählt werden, z.B. aus dem Selektorat eines autokratischen Regimes. Doch allein aus einer Befreiungstechnologie-Perspektive (Diamond 2010) lässt sich nicht erklären, warum auch autokratische Regierungen *breiten Bevölkerungsgruppen* Zugang zum Internet gewähren.

Angesichts leistungsstarker Regime wie z.B. in Singapur, China und im arabischen Raum werden lange gehegte Hypothesen der Transitionsforschung in der Vergleichenden Politikwissenschaft zunehmend in Frage gestellt. Als Reaktion auf die Persistenz vieler Autokratien betont die jüngere Literatur vor allem den herrschaftsstützenden Charakter der Politikperformanz (Brooker 2009: 192ff.; Bueno de Mesquita/Downs 2005; Croissant/Wurster 2013; Gerschewski 2013; Schmidt 2012a). Diese Studien behandeln – durchaus kritisch – die „heroische Annahme [...], dass ein politisch weithin sichtbarer Output von einem größeren Teil der Bevölkerung als legitimitätsstiftende Effektivität gewertet wird“ (Schmidt 2012a: 89).<sup>44</sup> Bereits Lipset verknüpfte die Legitimität von politischen Systemen mit ihrer Effektivität, d.h. „the actual performance of a political sys-

---

<sup>44</sup> Es muss bezweifelt werden, dass dieses Kalkül (bereits) in einer großen Zahl an Autokratien tatsächlich aufgeht (Schmidt 2012a).

tem, the extent to which it satisfies the basic functions of government as defined by the expectations of most members of a society, and the expectations of powerful groups within it which might threaten the system, such as the armed forces“ (Lipset 1959: 86). Insofern Policies zur Lösung komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen, kann Output-Legitimität laut Scharpf (bezugnehmend auf die Europäische Union) „auch in politischen Einheiten erreicht werden, deren schwache Identität keinerlei organismische Interpretationen zuließe“ und die auch „nicht auf die ausschließliche, oder auch nur auf die primäre Loyalität ihrer Mitglieder angewiesen“ sind (Scharpf 1999: 20), also Begebenheiten, wie sie in Autokratien vorzufinden sind.<sup>45</sup>

Die Förderung des Internets kann trotz der potentiellen demokratisierenden Folgewirkungen eine rationale Strategie für autokratische Regierungen sein. IKT gehören zu den größten Wachstumstreibern des 21. Jahrhunderts, mit einem steigenden Anteil an der globalen Wirtschaftskraft (Choi/Hoon Yi 2009; Czerlich et al. 2009; International Telecommunication Union (ITU) 2012; Manyika/Roxburgh 2011; Vereinte Nationen 2014a: 187).

Eine Ausweitung des Internetzugangs trägt über mehrere Mechanismen zur Output-Performanz eines autokratischen Regimes bei (Göbel 2012, 2013, 2015b). Die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten stimulieren die ökonomische Performanz auf direkte Weise, dank der Umsätze im Telekommunikationssektor, Anwendungen wie Online-Banking oder Online-Handel,

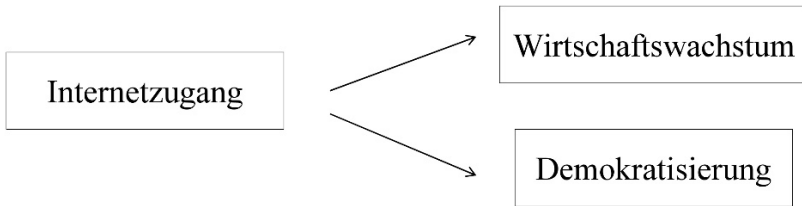
---

<sup>45</sup>

Die vorliegende Arbeit versteht Output-Legitimität als ein herrschaftsstützendes Ziel, das von autokratischen Regierungen durch bewusste politische und ökonomische Schwerpunktsetzungen angestrebt wird. Legitimität wird entsprechend der Annahmen des rationalen Machtverhaltens als empirische Kategorie begriffen, nicht als komplexe Legitimationsform oder -strategie im Weberschen Sinne (Weber 1922). Während die politökonomische Literatur ein solides Fundament für die vorliegende Arbeit bietet (vgl. Kapitel 2.3.1), wurde die autokratische Internetpolitik aus der Perspektive der Legitimationsforschung bislang noch vernachlässigt. Um die Kohärenz des Theoriemodells und die wissenschaftstheoretische Einheitlichkeit der verwendeten Ansätze zu bewahren, wird das emergente Forschungsfeld zur autokratischen Legitimation hier weitgehend ausgeklammert, trotz überzeugender Beiträge, gerade aus dem deutschsprachigen Raum (vgl. Backes/Kailitz 2014; Gerschewski 2013; Kailitz 2013; Kneuer 2012), die in Forschungsfeldern außerhalb und am Rande der vorliegenden Arbeit durchaus Erklärungslücken schließen.

aber auch auf indirekte Weise dank der Reduktion von Transaktionskosten sämtlicher ökonomischer Austauschprozesse. Durch E-Government kann eine autokratische Regierung ihre bürokratische Kontrolle und Performanz verbessern (Stier 2015b). Eine funktionierende Internetinfrastruktur erhöht die Attraktivität eines Landes für Investoren (Åström et al. 2012). Eine prosperierende Wirtschaft bietet autokratischen Eliten die Basis für ihre Ressourcenakkumulation im Sinne von Olsons „stationary bandits“ (Olson 1993) und die Distributionsmasse für Kooptations- und Austauschmechanismen (Gandhi 2008; Gandhi/Przeworski 2007; Wintrobe 1998). Digitale Technologien bringen für die Bürger direkte Wohlstandsgewinne und eine Vielzahl an neuen Konsum- und Unterhaltungsdiensten mit sich. Demzufolge kann das Internet zur Stärkung autokratischer Regierungen gegenüber den beiden potentiellen Quellen eines Machtverlusts, der Bevölkerung und den Regimeeliten (Svolik 2012), beitragen.

Autokratische Modernisierungsstrategien bergen aber auch erhebliche Risiken und Performanzdilemmata (Huntington 1993; vgl. die Diskussion in Croissant/Wurster 2013: 8; Göbel 2012: 3; Schmidt 2012a: 90f.). Sollten die sozio-ökonomischen Versprechungen von einer autokratischen Regierung nicht eingehalten werden, kann dies zu einer Erosion ihrer Machtbasis und sogar zu einer Regimetransition führen. Aber auch im Erfolgsfalle kann die Modernisierung ihrerseits neuen sozialen und wirtschaftlichen Anpassungsdruck mit sich bringen (Inglehart/Welzel 2009; Schmidt 2012a). In diesem Sinne ist die Frage der Wirkmechanismen digitaler Technologien verknüpft mit der fortwährenden Debatte um die Modernisierungstheorie, nach der die ökonomische, technologische und urbane Entwicklung gesellschaftliche und individuelle Ausdifferenzierungsprozesse in Kraft setze, die schließlich zu einer politischen Demokratisierung führen (Inglehart/Welzel 2005, 2009; Lerner 1958; Lipset 1959; Rostow 1960). Die IKT-Politik in Autokratien unterliegt laut Göbel einem Innovationsdilemma, das darin besteht, „dass sowohl der Verzicht auf Innovation als auch Innovationsförderung das Regime delegitimieren können“ (Göbel 2012: 133). Abbildung 2.4 ist eine stilisierte Darstellung des Zielkonflikts, dem sich eine autokratische

**Abbildung 2.4:** Das Internet-Innovationsdilemma in Autokratien

Anmerkung: Eigene Darstellung.

Regierung ausgesetzt sieht, wenn sie sich entscheidet, die gesellschaftliche Diffusion des Internetzugangs zu fördern.

Kann das Innovationsdilemma durch eine Technologiepolitik gelindert werden, die den Zielen autokratischer Regierungen dient, gleichzeitig aber eine politische Ermächtigung der Bevölkerung verhindert? Im Folgenden werden zwei Argumente angeführt, die darauf hindeuten, dass der Internetzugang in Autokratien eine vergleichbare Ausprägung wie in Demokratien aufweisen sollte.

Erstens ist das Internet eine dynamische Technologie (vgl. Karpf 2012), die fortwährend ökonomische Skaleneffekte erzeugt, umso mehr Wirtschaftsbranchen, Anbieter und Konsumenten miteinander vernetzt sind.<sup>46</sup> Je größer der wahrgenommene ökonomische Nutzen einer Innovation ist, desto schneller wird seine gesellschaftliche Adoptionsrate sein (Rogers 2003: 343ff.). In der Frühphase der Internetentwicklung in den 1990er-Jahren waren die dynamische technologische Entwicklung des Internets und dessen Impulse für die Wirtschaftskraft nicht abzusehen. Es erschien für autokratische Herrscher rational, zunächst einen abwartenden Ansatz gegenüber dem potentiell machterodierenden Medium zu verfolgen. Nur wenige Regime wie z.B. die Kommunistische Partei in China und Monarchien im arabischen Raum entwarfen früh komplementär-

<sup>46</sup>

In der Internetökonomie wird von „Netzwerkeffekten“ gesprochen.

herrschaftssichernde Strategien der Internet Governance (Kalathil/Boas 2003; Kluver 2005).

Jedoch wurde die Bedeutung des Internets für die wirtschaftliche Entwicklung spätestens seit dem Beginn der 2000er-Jahre offensichtlich (Litan/Rivlin 2001), wodurch sich die Kostenkalküle in Autokratien veränderten. Autokratien lassen größere Informationsflüsse zu, auch aus dem Ausland, wenn die potentiellen technologischen Zugewinne groß sind:

„If the global technology frontier’s growth rate is high, relaxing restrictions on civil liberties will yield a higher consumption gain for the dictator in exchange for a given decrease in survival probability.“ (Knutsen 2012: 19)

Mangelnde Innovationskapazitäten können in Autokratien demzufolge durch Wissenstransfers ausgeglichen werden.<sup>47</sup> Ähnlich verteidigten Acemoglu und Robinson ihr Hauptwerk „Why Nations Fail“ gegenüber kritischen Stimmen, die die von den Autoren postulierte Notwendigkeit von inklusiven politischen Institutionen für die Generierung von Wohlstand anzweifelten:<sup>48</sup>

„We emphasize that growth under extractive institutions is especially feasible, as in China today, when it can proceed rapidly by importing existing technologies from other economies. [...] The point we make is that innovation does require inclusive institutions but extractive institutions, though they sometimes allow the use of existing technologies, will often also block the import of technology because this too can be threatening to existing powerholders.“ (Acemoglu/Robinson 2012a)

Angesichts der großen ökonomischen Zugewinne wäre es trotz der kommunikationspolitischen Risiken für die meisten autokratischen Herrscher irrational, auf den Wachstumsmotor Internet komplett zu verzichten (Göbel 2015b). Als Erwei-

---

<sup>47</sup> Möglichkeitsbedingungen für den Technologieimport und die Relevanz von Globalisierungsprozessen werden in den statistischen Modellen zum Internetzugang in Kapitel 4 geprüft.

<sup>48</sup> So hielt ihnen der Ökonom Jeffrey Sachs entgegen, dass Autokratien wie China ebenfalls hohe ökonomische Wachstumsraten generieren können.

terung zur Argumentation von Acemoglu/Robinson gilt es im Falle des Internets zu ergänzen, dass autokratische Regierungen nicht dessen „Hardware“ blockieren, sondern vielmehr deren Nutzung durch die Bürger, die auf Softwarelösungen basiert.<sup>49</sup> Die Online-Kommunikation findet nicht in einem Vakuum, losgelöst von staatlicher Herrschaftsausübung statt. In den Kostenkalkulationen autokratischer Herrscher bezüglich des Internets sind nicht nur die zwei Stellgrößen Wirtschaftswachstum und Überlebenswahrscheinlichkeit von Relevanz, sondern auch der Grad der Internetfreiheit als konditionierende Bedingung, d.h. die Wahrscheinlichkeit, dass die Internetnutzung tatsächlich mit subversiven Aktivitäten einhergeht.

Im Folgenden wird daher als zweites, funktionales Argument angeführt, dass autokratische Regierungen das „Internet-Innovationsdilemma“ über eine Doppelstrategie der Internetinfrastrukturförderung bei gleichzeitiger Kontrolle der Internetnutzung zu lindern wissen (vgl. Rød/Weidmann 2015). Diese konzeptionelle Erweiterung ist ein zentrales Unterscheidungsmerkmal der vorliegenden Arbeit im Vergleich zur bestehenden Forschung, die sich allzu häufig auf die infrastrukturelle Hardware des Internetzugangs beschränkte (Corrales/Westhoff 2006; Groshek 2009, 2010; Milner 2006; Rød/Weidmann 2015).<sup>50</sup> Hier wird argumentiert, dass das Zusammenwirken des Internetzugangs mit der Software, die der Internetnutzung zugrunde liegt, betrachtet werden muss, um zu aussagekräftigen Schlüssen über den Zusammenhang zwischen Internet und Regimotyp zu gelangen. Die Konsolidierung autokratischer Herrschaft (Göbel 2010) erfolgt in Zeiten des Internets über den Einsatz „infrastruktureller“, „diskursiver“ und „repressiver Machtkapazitäten“ (Göbel 2012). Zur Kanalisierung der Online-Kommunikation setzen autokratische Regierungen auf einen Instrumentenmix aus Kontrolle, Überwachung und Aktivismus und zeigen sich entge-

---

<sup>49</sup> Die Hardware einer Technologie verkörpert diese als ein materielles oder physisches Objekt; die Software ist die Informationsbasis, die erst die Nutzung einer Technologie für bestimmte Anwendungen ermöglicht (Rogers 2003: 13).

<sup>50</sup> Die meisten dieser Studien diskutierten die Möglichkeit von Inhaltsbeschränkungen, gerade in Autokratien, prüften diese Argumente aber nicht empirisch.



gen den Vorhersagen der vorherrschenden „teleology of Internet freedom“ auf diese Weise persistent (Greitens 2013: 268).

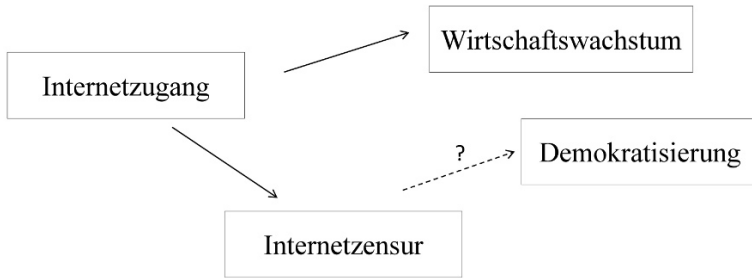
Deibert und Koautoren vom Citizen Lab der Universität Toronto klassifizieren drei Generationen an Informationskontrollen im Netz (Deibert/Rohozinski 2010c; Deibert et al. 2010). Die *erste Generation* beruht überwiegend auf der Blockierung von Websites. Nutzern wird der Zugriff auf Server, Domainnamen, Suchbegriffe und IP-Adressen verwehrt. Diese Beschränkungen werden den Internetserviceprovidern gesetzlich vorgeschrieben. Die *zweite Generation* besteht aus gesetzlichen Bestimmungen zur Einschränkung von spezifischen Internetinhalten. Diese öffentlichen, der Abschreckung dienenden Maßnahmen sind sowohl an die Internetnutzer gerichtet als auch an Seitenbetreiber. Hinzu kommen verdeckte, informelle Anweisungen an Internetserviceprovider und Seitenbetreiber bestimmte Inhalte zu sperren,<sup>51</sup> sowie Hackerangriffe durch regierungstreue Akteure und im Extremfall „Internet-Shutdowns“ (Disconnects der digitalen Infrastruktur), die beispielsweise während des Arabischen Frühlings (Howard/Agarwal/Hussain 2011) und im syrischen Bürgerkrieg (Gohdes 2015) von staatlicher Seite praktiziert wurden und werden. Die *dritte Generation* schließlich stützt sich auf die Massenüberwachung und Datensammlung.<sup>52</sup> Weltweit ist ein Ausbau der Staatskapazitäten im Cyberspace, ja sogar eine „Sekuritisierung des Internets“ zu beobachten (Deibert 2013; Deibert/Rohozinski 2010b).

---

<sup>51</sup> „Old-school totalitarians were do-it-yourselfers; modern authoritarians like to outsource and, where possible, use market forces to enhance censorship capacity“ (Walker/Ortung 2014: 79; vgl. King/Pan/Roberts 2014).

<sup>52</sup> Der dritten Säule rechnen Deibert et al. auch den Regimeaktivismus im Internet zu. Diese Tätigkeiten werden in der vorliegenden Arbeit durch die politische Online-Kommunikation erfasst. Ein ähnliches Modell des „Authoritarianism Online“ präsentiert Greitens (2013), das drei praktisch deckungsgleiche Dimensionen autokratischer Netzpolitik identifiziert: Kontrolle, Überwachung und Aktivismus durch pro-Regime-Inhalte im Netz.

**Abbildung 2.5:** Adressierung des Internet-Innovationsdilemmas in Autokratien



Anmerkung: Eigene Darstellung.

In ihrem Streben nach Kommunikationskontrolle können autoritäre Regime mit ihrer unbeschränkten repressiven Kapazität auf das gesamte Repertoire an Informationskontrollen zurückgreifen. Es ist offensichtlich, dass auch demokratische Regierungsakteure ihre Kompetenzen ausreizen und teilweise überschreiten; gerade vor dem Hintergrund der NSA-Praktiken ist ein Ausbau sicherheitspolitischer Handlungsmacht im Netz durch demokratische Staaten zu beobachten. Dennoch sind demokratische Regierungen institutionell, parteipolitisch und juristisch gebunden, was sie in der Instrumentenwahl zur Wahrung ihrer (legitimen) Sicherheitsinteressen im Internet, wie der Bekämpfung von Cyberkriminalität, Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen sowie Terrorismus, einschränkt. *Ceteris paribus* lassen sich klare Erwartungen formulieren, dass Demokratien eine höhere Internetfreiheit aufweisen als Autokratien (empirisch überprüft in Kapitel 5).

Abbildung 2.5 skizziert eine autokratische Strategie zur Adressierung des Internet-Innovationsdilemmas. Sie zielt darauf ab, die Netzpolitik so zu justieren, dass lediglich politisch sensible Inhalte gefiltert werden, während ökonomische Informationsflüsse möglichst unberührt bleiben sollen (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 80; Knutsen 2012: 14; Walker/Ortting 2014). Auch

Morozov beobachtet eine derartige „Zähmung“ der Befreiungstechnologie Internet durch staatliche Eingriffe:

„The early believers in 'dictators dilemma' have grossly underestimated the need for online intermediaries. Someone still has to provide access to the Internet, host a blog or a website, moderate an online community, or even make that community visible in search engines. As long as all those entities have to be tied to a nation state, there will be ways to pressure them into accepting and facilitating highly customized censorship that will have no impact on economic growth.“ (Morozov 2011: 103)

Allerdings gibt es auch Anzeichen, dass dieses Modell selbst im „Networked Authoritarianism“ Chinas (MacKinnon 2011) langfristige negative Folgewirkungen für das Regime mit sich bringen kann, trotz der florierenden Internetökonomie und dem Zensurprogramm der „Great Firewall“. <sup>53</sup> Abbildung 2.5 lässt die Demokratisierungsfrage vor diesem Hintergrund bewusst offen, da das Zusammenspiel zwischen Internetzensur und Demokratisierungsprozessen ein neues Phänomen darstellt, das noch weitgehend unerforscht ist. <sup>54</sup>

Die Möglichkeit der regimekonformen Modifizierung der postulierten Befreiungstechnologie Internet minimiert deren Risiken für autokratische Regie-

---

<sup>53</sup> King/Pan/Roberts (2014: 891) bezeichnen die Internetzensur in China als „largest selective suppression of human communication in the recorded history of any country“. Sie stößt bei Nutzern, Unternehmen und sogar Individuen aus der staatlichen Bürokratie und den Medien zunehmend auf Ablehnung (Freedom House 2015). Roberts (2015) kommt in einer experimentellen Studie sogar zum Schluss, dass die chinesische Internetzensur ineffizient sei, da sich der einzelne Nutzer gedeckt von der Informationsfülle des Internets sicherer fühle als z.B. exponierte Akteure wie Anwälte, Journalisten oder Bürgerrechtler. Allerdings schränkt die Autorin ein, dass die Ergebnisse in anderen Kontexten nicht zwingend zutreffen müssen (Roberts 2015). China ist insofern ein Spezialfall, als die schiere Masse an Internetnutzern eine effektive Kontrolle auf Individualebene unmöglich macht bzw. verhindern könnte, dass Selbstzensur entsteht. Die „Great Firewall“ könnte also Symptom und Ursache eines schleichenden Delegitimierungsprozesses der kommunistischen Partei sein, der sich in Hongkong, auch dank IKT (Parker 2014), bereits in Protesten äußerte.

<sup>54</sup> Die vorliegende output-konzentrierte Arbeit kann die Demokratisierungsfrage nicht beantworten. Dafür wird die Wirkung der Internetzensur auf die Aktivitäten von Nicht-Regierungsakteuren im Netz untersucht, was Aufschluss über die Erfolgsaussichten von Zensurstrategien gibt.

rungen (zumindest kurzfristig). Zum Verhältnis zwischen Regimetyyp und Netzpolitik lassen sich daher folgende Hypothesen aufstellen:

**H<sub>1</sub>:** Es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien im Internetzugang.

**H<sub>2</sub>:** Die Internetfreiheit ist höher in Demokratien als in Autokratien

#### 2.4.2. *Regimetyyp und politische Online-Kommunikation*

Die Online-Kommunikation nimmt bereits unterstützende Funktionen an verschiedenen Stellen der demokratischen Interessenvermittlung ein. Das Internet wird von Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen intensiv zur politischen Kommunikation ihrer strategischen Agenda genutzt (Chadwick/Howard 2008; Semetko/Scammell 2012). Durch die internetvermittelte Kommunikation entstehen aber auch größere Spielräume zur Erzeugung von Input-Legitimation innerhalb autokratischer Willensbildungsprozesse. Es gibt gewichtige Gründe anzunehmen, dass diese Kanäle nicht komplett verschlossen werden. Erstens sind öffentlich sichtbare Zensurmaßnahmen in der „information-based dictatorship“ ein deutliches Signal an die Bevölkerung, dass ein Diktator unpopulär und/oder inkompetent ist (Guriev/Treisman 2015a). Zweitens kann die neue Öffentlichkeit des Webs in nicht-demokratischen Kontexten sogar als Substitut für mangelnde Feedback-Kanäle dienen, um die inhärent unterentwickelte Input-Dimension zu stärken („autoritäre Deliberation“).

Diese Prozesse sind noch weitgehend unerforscht – auch weil sie überwiegend über informelle Kanäle vermittelt werden. Bisherige Pionieruntersuchungen fokussierten überwiegend auf die Internetzensur, da diese am ehesten beobachtbar und messbar ist. Die Dimensionen Überwachung und Aktivismus sind aber ebenso bedeutend (Greitens 2013: 263). So kann das Internet neben seinen ökonomischen Funktionen weitere konkrete Zugewinne für Autokraten erzeugen (Göbel 2012: 137). Die Überwachung horizontaler gesellschaftlicher und politischer Austauschbeziehungen ermöglicht eine verbesserte Kontrolle von Individuen und oppositionellen Gruppierungen. Autokratische Regierungen können

ihre Policies dank dieses ungefilterten Feedbacks auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausrichten und repressive Maßnahmen zielgerichteter einsetzen, um so das „Dictator’s Dilemma“ (Wintrobe 1998) abzuwenden oder zumindest zu minimieren. Sogar im – auch propagandistisch – hart umkämpften syrischen Bürgerkrieg werden von Regierungsseite gewisse Spielräume im Internet für Oppositionsgruppen offengehalten:

„Ordinary Syrians are caught in a game of censorship and surveillance; information is a matter of mistrust and risk. In 2011, the Syrian government relaxed censorship so as to surveille the population in order to gain military advantage. Opposition groups know they are monitored but must still have a media presence to promote, recruit, fundraise and mobilize.“ (Powers/O’Loughlin 2015: 174)

Online-Auftritte oppositioneller Parteien und zivilgesellschaftlicher Gruppen sind in dieser Interpretation Teil einer umfassenden Regierungsstrategie, die gewisse Pluralismusgrade in der Informationslandschaft offenhält. Im Folgenden werden Hypothesen formuliert, inwiefern in E-Government, E-Campaigning und E-Activism systematische Unterschiede zwischen Autokratien und Demokratien zu erwarten sind.

#### *2.4.2.1. E-Government*

E-Government ist eine Herausforderung und Chance, der sich jede Regierung, gleich welchen Regimetyps, weltweit stellen muss.<sup>55</sup> Bisherige Studien setzten die Performanz nationaler E-Government-Programme mit der Offenheit des politischen Systems in Zusammenhang, konkret dem Demokratisierungsgrad. Deren Ergebnisse waren aber inkonsistent (vgl. die ausführliche Diskussion des Forschungsstands in Stier 2015b und Kapitel 6 dieser Arbeit). Die dominante Argumentationslinie betont die größere Bürgernähe demokratisch gewählter

---

<sup>55</sup>

Die theoretische Diskussion zum E-Government wurde in großen Teilen englischsprachig veröffentlicht in Stier (2015b).

Regierungen als entscheidenden Stimulus für E-Government. Die konzeptionelle Grundannahme eines linearen Zusammenhangs zwischen der Demokratisierung eines politischen Systems und der Modernisierung von Regierungsdienstleistungen ist allerdings zu hinterfragen. Norris (2012) zeigt, dass auch autokratische Regierungen effizient und an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert regieren können.

E-Government dient auf drei Wegen den Zielen autokratischer Regierungen. Erstens ist die Qualität der Regierungsführung ein wichtiger Faktor für die Schaffung nationalen Wohlstands (Fukuyama 2013; Norris 2012; Stockemer 2012). Der bürokratische Unterbau einer Regierung folgt nicht zwangsläufig den von der Führung vorgegebenen Zielen, sondern entwickelt in Kontexten schwacher politischer Kontrolle korrupte Eigendynamiken, die der Performanz und Kohärenz des staatlichen Handelns schaden. Speziell die autokratische Regierungsführung leidet darunter, dass Feedbackmechanismen wie der Parteienwettbewerb und eine kritische Öffentlichkeit fehlen:

„Because lines of accountability flow upward through an enormous bureaucracy, the central problem for the senior levels of the government is how to monitor and control the behavior of the lower levels, a classic principal-agent problem.“ (Fukuyama 2012: 22)

E-Government kann die Informationsasymmetrien dieser regierungsinternen Prinzipal-Agent-Beziehung in Autokratien<sup>56</sup> mindern, indem interne Verwaltungsabläufe standardisiert und dokumentiert werden (Ahn/Bretschneider 2011). Die Institutionalisierung der hierarchischen Kontrolle des Regierungshandelns beschränkt die Opportunitätsstrukturen für eine korrupte Amtsführung (Andersen 2009). Zudem bündeln E-Government-Websites Verwaltungskompetenzen direkt bei der Zentralregierung. Effizientes Verwaltungshandeln wirkt sich direkt

---

<sup>56</sup>

Vgl. zu Prinzipal-Agent-Beziehungen in autoritären Kontexten: Brooker 2009: 40–42, 179–183ff.; Mungiu-Pippidi 2013; Persson/Rothstein/Teorell 2013.

positiv auf die Output-Performanz eines Regimes aus und erzeugt indirekte Effekte, indem es die Attraktivität eines Landes für Investitionen erhöht.

So erzeugt E-Government zweitens auch internationale Legitimationseffekte. Die E-Government-Benchmarks internationaler Organisationen wie der OECD, EU oder UN werden weltweit wahrgenommen (Åström et al. 2012; Schünemann/Zilles 2012). Die Weltbank und die UN fördern und fordern die digitale Reformativität von Regierungen und agieren dabei häufig unter der Prämisse, dass mit einer Verbesserung der Regierungsführung Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse befördert würden. Durch E-Government-Programme können autokratische Regierungen so ihr Profil im Angesicht politischer und ökonomischer Globalisierungsprozesse schärfen. Autokratische High-Performer wie Kasachstan nutzen ihre hohen Rangplätze im E-Government-Benchmark der UN im Werben um Investitionen. Die Vereinheitlichung von Austauschbeziehungen zwischen Staat und Ökonomie und die Veröffentlichung wirtschaftlicher Kerndaten im Netz sind der Regierungstransparenz zuträglich, die laut einer Studie von Hollyer/Rosendorff/Vreeland (2014) höhere Investitionsquoten durch ausländisches Kapital nach sich zieht. Die weltweit abrufbaren E-Government-Websites dienen auch als Schaufenster für die internationale Präsentation eines Landes und weisen dadurch eine symbolische Legitimationskomponente auf.

Drittens bietet E-Government den Bürgern nicht nur Dienstleistungen, sondern auch Kommunikationsangebote und offizielle Regierungspositionen. Eine ausgedehnte Präsenz im Web dient autokratischen Regierungen als Gegengewicht für den zivilgesellschaftlichen Online-Aktivismus (Karlsson 2013). Mit dem steigenden Internetzugang in Autokratien seit den 2000er-Jahren intensivierte sich die Nutzung des Internets für regimekritische Aktivitäten, so dass speziell seit dem Arabischen Frühling ein technologisches Wettrennen zwischen autokratischen Regierungen und Aktivisten zu beobachten ist (Diamond 2010; Howard/Hussain 2011). Auch Deibert/Rohozinski betonen den Facettenreichtum autokratischer Internetstrategien:

„Third-generation controls take a highly sophisticated, multidimensional approach to enhancing state control over national cyberspace and building capabilities *for competing in informational space* with potential adversaries and competitors. The key characteristic of third-generation controls is that the focus is less on *denying* access than successfully *competing* with potential threats through effective counterinformation campaigns that overwhelm, discredit, or demoralize opponents.“ (Deibert/Rohozinski 2010b: 27; Hervorhebungen im Original)

Entgegen den Hypothesen der bisherigen Forschung sollte demnach kein linearer Zusammenhang zwischen E-Government und Demokratisierung bestehen. Auch Autokratien zeigen sich gegenüber neuen Technologien responsiv, wenn sich diese modifizieren und in ihre Performanzstrategien integrieren lassen.

**H<sub>3</sub>:** Es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien im E-Government.

#### 2.4.2.2. *E-Campaigning*

Das Internet ist eine Präsentationsplattform, die in Kommunikationsstrategien politischer Parteien eine gewichtige Rolle einnimmt:

„Specifically, by scanning a party website, a voter might discern whether the party is interested in expertise, whether it reaches out to marginal voters, and whether it addresses timely issues in an expedient manner. Each visitor will obtain these impressions (signals), and use them, consciously or not, when casting a vote. Therefore, parties should pay attention to these signals, especially when their production and delivery is so cost-effective.“ (Gregor 2007: 78)

Die Annahmen zum politischen Wettbewerb im E-Campaigning gehen von einer Signalfunktion formal-demokratischer Institutionen in Autokratien aus. Die überwiegende Zahl der Autokratien weist im Jahr 2012 Parlamentswahlen auf (vgl. Kapitel 2.3.3). Die institutionalistischen Ansätze der Autokratieforschung



liefern klare Hinweise darauf, dass parteipolitische Aktivitäten im Netz, auch durch ideologisch diverse Akteure, in Logiken autoritärer Regime einen Platz haben. Zürn nennt den „öffentlichen Diskurs und Kontestation“ als eine mögliche Legitimationsquelle politischer Herrschaft:

„In der Moderne bedarf es zusätzlich der Legitimation durch Verfahren. Verfahren besitzen dann eine Chance, als legitim angesehen zu werden, wenn sie als unparteiisch und neutral wahrgenommen werden. Der unvoreingenommene, nicht von vornherein eine Seite bevorzugende Entscheidungsmodus kann potentiell Legitimität schaffen.“ (Zürn 2011: 71f.)

Weithin sichtbare Mindestgrade an Kontestation und Meinungspluralismus im E-Campaigning können Wahlen und Wahlkämpfe mit „Leben erfüllen“ und so spezifische Formen der Throughput-Legitimation für ein politisches System, auch autokratischer Natur, darstellen.

Die Unterscheidung zwischen demokratischen und autokratischen Wahlkämpfen sollte dennoch erklärungskräftig sein. Während Wahlen auch in nicht-demokratischen Kontexten zur institutionellen Ausgestaltung gehören, ist deren Funktionsweise eine beschränkte. Nicht zuletzt, da die Gefahr eines Machtverlustes in elektoralen Regimen durchaus eine reelle ist (Bunce/Wolchik 2010; Howard/Roessler 2006), wird das „elektorale Spielfeld“ von den regierenden Parteien zu ihren Gunsten manipuliert (Levitsky/Way 2010):

„They (*competitive authoritarian regimes*) are protected not simply because of their authoritarian political practices but also because of the ways in which the very functioning of the regime (1) divides oppositions, civil society organizations, and everyday citizens; (2) makes it hard for connections to be forged among these three sets of players; and (3) demobilizes publics, while making it difficult for them to believe that their votes will count and that they should, for both pragmatic and personal reasons, support the opposition. For citizens in these regimes, for example, the common perception is that the opposition is both incompetent and compromised.“ (Bunce/Wolchik 2010: 74; kursive Einfügung durch den Autor)

Das Missverhältnis zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien hinsichtlich ihres politischen und ökonomischen Kapitals sollte auch den politischen Wettbewerb im E-Campaigning hemmen. Es ist evident, dass auch die neuen medialen Kanäle im Internet von den Regierungsparteien unbeschränkt zur Streuung von Propaganda und politischen Kommunikation genutzt werden können (Morozov 2011). Die politischen Online-Aktivitäten von oppositionellen Akteuren werden dagegen von analogen Limitationen wie Wahlgesetzen, dem Grad der Organisationsfreiheit, Registrierungspflichten und zudem durch die Internetsensur beschränkt. Auch Walker/Ortung (2014: 83) fragen: „Opposition voices may be freer to speak online, but can they put forth a coherent alternative to dominant regime narratives?“

Online-Wahlkämpfe gestalten sich in Demokratien demgegenüber ausgeglichener. Es sind sogar Spill-Over-Effekte zu beobachten, so finden Innovationen wie die Nutzung von kampagneninternen sozialen Netzwerken durch die Obama-Kampagne 2008 oder die innovative Online-Tätigkeit der deutschen Piratenpartei eine rege Nachahmung durch konkurrierende Parteien (Korte 2012b). Zwar gibt es bedeutende Unterschiede auf der Meso-Ebene der Parteiorganisationen, wie deren Ressourcen, Personalselektion, Debattenkultur und Größe (Römmele 2003; Ward 2008), aber insgesamt stellt die Forschung eine Konvergenz zwischen den Parteien in der Nutzung des Internets in der OECD-Welt fest (Lilleker/Tenscher/Štětka 2015). Während vergleichbare Erkenntnisse zu autokratischen Online-Wahlkämpfen fehlen, deutet die vorangegangene Diskussion darauf hin, dass diese eine funktionale Relevanz aufweisen, allerdings stärker als in Demokratien von wenigen, häufig regierungsnahen, parteipolitischen Akteuren dominiert sein sollten.

**H<sub>4</sub>:** Der politische Wettbewerb im E-Campaigning ist ausgeprägter in Demokratien als in Autokratien.

### 2.4.2.3. E-Activism

Die neuen „collective action spaces“ des Internets stellen veränderte mediale Konstellationen für die zivilgesellschaftliche Interessenorganisation und -mobilisierung dar (Bimber/Stohl/Flanagin 2008). Eine Reihe an netzoptimistischen Autoren interpretierte diesen Wandel dahingehend, dass kollektive Aktion erleichtert und etablierte Organisationsstrukturen redundant oder entwertet würden (Benkler 2006; Castells 2012; Rheingold 2002; Shirky 2008). Die Persistenz von etablierten Formaten und Akteuren der Politikvermittlung in den Demokratien mit hohem Internetzugang stehen allerdings bereits den Abgesängen auf die institutionalisierte Politik entgegen (Schünemann/Steiger/Stier 2016). Einige empirische Analysen der Proteste des Arabischen Frühlings wiesen zudem den Topos der „Twitter-/Facebook-Revolutionen“ insofern zurück, als sie neben sozialen Internetmedien weitere, teils wichtigere mobilisierende Instrumente wie die interpersonale Kommunikation und die Massenmedien identifizierten (Wilson/Dunn 2011; Wolfsfeld/Segev/Sheafer 2013). Die überwiegend nicht-demokratischen Outcomes zeugen von der Persistenz politischer Institutionen: „When looking at what has transpired since the start of the Arab Spring, it is hard to avoid the conclusion that politics not only came first but also last“ (Wolfsfeld/Segev/Sheafer 2013: 132). Olson (1965) verdeutlicht die Notwendigkeit einer effektiven Organisation von Interessenkoalitionen, um Anreizstrukturen für individuelles *Freeriding* möglichst gering zu halten. Es ist zu erwarten, dass der politische Wettbewerb im E-Activism vom Organisationsgrad der Zivilgesellschaft offline bedingt wird.

Speziell der Forschung zur Online-Kommunikation in Autokratien liegt meist die simplifizierte Grundannahme eines Antagonismus zwischen den Bürgern und der Regierung zugrunde (kritisch: Göbel 2015a, 2015b). Das Internet trage zur Emergenz der Zivilgesellschaft bei und unterstütze die Mobilisierung gegen autokratische Regierungen (Diamond 2010). Optimistische Interpretationen des demokratisierenden Potentials des Internets sind häufig den Paradigmen der Transformationsforschung verhaftet, die der Zivilgesellschaft eine überwiegend positive Rolle in Demokratisierungsprozessen zuschrieb (Diamond 1994;

Linz/Stepan 1996; O'Donnell/Schmitter 1986). Je ausgeprägter die zivilgesellschaftliche Vernetzung und die Bildung von Sozialkapital seien, desto eher würden sich Länder demokratisieren.

Allerdings zeichnen sich auch persistente autoritäre Regime durch eine außerordentliche zivilgesellschaftliche Organisationsdichte aus (Wischermann et al. 2015). Beispielsweise hat Marokko mehr als 100.000 registrierte NGOs (International Center for Not-for-Profit Law 2015b). In China sind mehr als eine halbe Million NGOs registriert, die allerdings zunehmend strikt reguliert werden in Bezug auf die tolerierte Themenbreite und ihre finanziellen Quellen (Denyer 2014; International Center for Not-for-Profit Law 2015a). Dies schafft eine Abhängigkeit von der Gunst und den Ressourcen der Regierung. Analoge Entwicklungen sind generell in der autoritären Welt zu beobachten. Die Bipolarität von Staat und Zivilgesellschaft, die in der Forschung zum E-Activism dominiert, ist in der politikwissenschaftlichen Literatur zur Zivilgesellschaft weithin überholt:

„Rather than viewing civil society as ontologically distinct from the state and as a location of resistance to political hegemony, this new work has a complex and nuanced view of the state–civil society relationship: non-governmental associations and the state are enmeshed together in a complex and multilayered network of material transactions, personal connections, and organizational linkages.“ (Lewis 2013: 326)

Die vorliegende Studie betrachtet E-Activism vor diesem Hintergrund als Arena mit unterschiedlichen Graden an Kontestation im Ländervergleich. So werden politisch neutrale oder regimefreundliche Aktivitäten in Autokratien nicht *per definitionem* ausgeschlossen, eine pluralistische Nutzung des Webs durch zivilgesellschaftliche Gruppen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung aber trotzdem erfasst. Die Arbeit konzentriert sich in ihrem empirischen Zugriff auf Tätigkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, die

direkter der staatlichen Regulierung unterliegen als Ad-hoc organisierte Protestbewegungen.<sup>57</sup>

Diese Konzeption von Zivilgesellschaft lässt die Ableitung von Erwartungen für den Regimevergleich zu. Die autokratischen Strategien gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationsformen sind zunehmend nuanciert und zielgerichtet:

„Repressive mechanisms in authoritarian states therefore tend to focus on constraining discursive activity rather than on repressing self-organizing associations, which can often be controlled, co-opted or used to legitimize the existing political order.“ (Lewis 2013: 326)

So soll vor allem die diskursive Hoheit bewahrt und Selbstzensur in Online- wie Offline-Medien erzeugt werden (Walker/Ortting 2014). Langohr (2004) deckt ein komplexes Beziehungsgeflecht zwischen Zivilgesellschaft und Staat in arabischen Autokratien auf, aus dem „Too much civil society, too little politics“ resultiere und somit der Status Quo erhalten bleibe. In diesem Rahmen werden bestimmte thematische Grenzen definiert, die von NGOs nicht überschritten werden sollten. Autokratien beeinflussen zivilgesellschaftliche Opportunitätsstrukturen, indem unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen divergierende Grade an Organisationsfreiheiten zugesprochen werden. So existiert zwar eine Zivilgesellschaft in Autokratien, sie ist jedoch limitiert und segregiert (Giersdorf/Croissant 2011: 10).

Der zivilgesellschaftlichen Interessenorganisation sind in Autokratien enge institutionelle und kommunikative Grenzen gesetzt. Demgegenüber ist in Demokratien die Formierung und Entfaltung einer Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, geschützt. Die politische Offenheit von Demokratien und die institutionelle Beschränkung der Exe-

---

<sup>57</sup> Aus forschungspraktischer Sicht bietet der Fokus auf die organisierte Zivilgesellschaft den Vorteil, dass ihre Online-Präsenzen mit einem einheitlichen Verfahren identifizier- und analysierbar sind.

kutive sollten sich insbesondere positiv auf die zivilgesellschaftliche Nutzung des Internets auswirken.

**H<sub>5</sub>:** Der politische Wettbewerb im E-Activism ist ausgeprägter in Demokratien als in Autokratien.

### 2.4.3. Zusammenfassung der Erwartungen

Tabelle 2.2 fasst die Hypothesen in Bezug auf den Regimetyp zusammen. Der theoretische Unterbau der Arbeit deutet auf eine „growing sophistication of authoritarian governments“ (Bueno de Mesquita/Downs 2005: 78) hin, auch hinsichtlich der Netzpolitik und der politischen Online-Kommunikation. Es ist zu erwarten, dass die Nullhypothese, dass der Regimetyp keinen Unterschied macht, in Internetzugang und E-Government, also den Dimensionen, die der ökonomischen Performanz zuträglich sind, nicht zurückgewiesen werden kann. Demgegenüber sollten die Opportunitätsstrukturen für die politische Online-Kommunikation von Nichtregierungsakteuren in Autokratien restriktiver sein, sowohl in der Offline-Welt als auch im Internet.

Neben den Erwartungen zur Variation zwischen Demokratien und Autokratien werden in den einzelnen Kapiteln zusätzliche Hypothesen zu den Effekten autokratischer Regimesubtypen formuliert, wenn diese für den jeweiligen Unter-

**Tabelle 2.2:** Hypothesen zum Einfluss des Regimetyps

Dimension	Effekt von Demokratie
Internetzugang ( $H_1$ )	n.s.
Internetfreiheit ( $H_2$ )	+
E-Government ( $H_3$ )	n.s.
E-Campaigning ( $H_4$ )	+
E-Activism ( $H_5$ )	+

Anmerkungen: n.s. = nicht signifikant; + = signifikanter positiver Zusammenhang.

suchungsgegenstand theoretische Abweichungen vermuten lassen. Darüber hinaus werden gegenstandsspezifische politische Faktoren identifiziert. Auf diese Weise werden zusätzlich zu den fünf Kernhypothesen ergänzende Hypothesen aufgestellt ( $H_{1a}$ ,  $H_{2a}$ , etc.).



<http://www.springer.com/978-3-658-17206-0>

Internet und Regimetyp  
Netzpolitik und politische Online-Kommunikation in  
Autokratien und Demokratien

Stier, S.

2017, XV, 302 S. 26 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17206-0